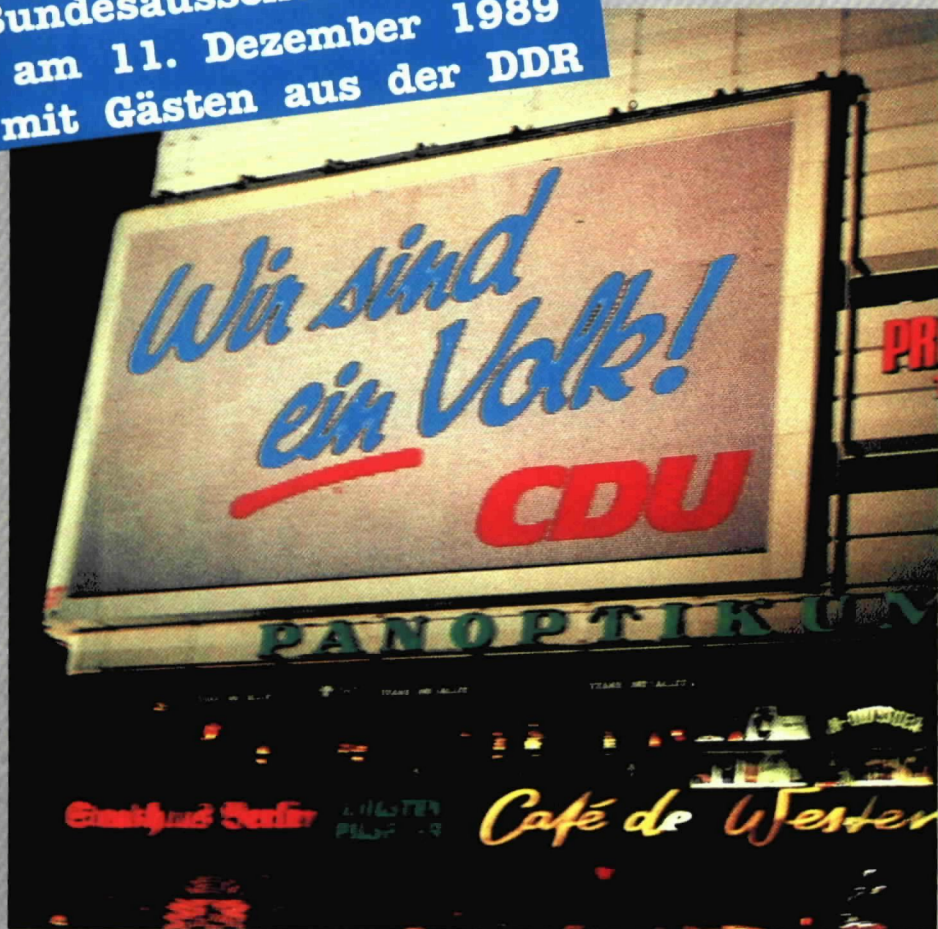


Freiheit und Einheit

Bundesausschuß in Berlin
am 11. Dezember 1989
mit Gästen aus der DDR



Deutschland
aktuell

CDU

Wir sind ein Volk!

CDU
Die Zukunft

**FREIHEIT
UND EINHEIT**

CDU
Die Zukunft



Der Kleine Parteitag der CDU am 11. Dezember 1989 hat sich ausschließlich der Deutschlandpolitik gewidmet. Wir haben dazu Reformkräfte aus der DDR eingeladen, wir haben ihnen zugehört und mit ihnen diskutiert.

Nun liegt eine Dokumentation vor, in der die Statements unserer Gäste aus der DDR sowie die Reden des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs auf dem Kleinen Parteitag wiedergegeben sind. Als Dokumente zur Deutschlandpolitik der CDU wurden die Deutschland-Erklärung, die vom Kleinen Parteitag in Berlin verabschiedet worden ist, das 10-Punkte-Programm von Bundeskanzler Kohl und die Wiesbadener Beschlüsse der Partei zur Deutschlandpolitik von 1988 aufgenommen.

Diese Dokumente zeigen die Kontinuität der Deutschlandpolitik der CDU Deutschlands. Die Politik Adenauers, die die Westintegration und die Förderung der europäischen Einigung mit dem Streben nach Wiederherstellung der deutschen Einheit

verband, sieht sich in diesen Tagen und Wochen bestätigt. Die CDU hat sich stets zu dem Auftrag des Grundgesetzes bekannt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Sie hat am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, an der Einheit

Von Volker Rühle

der Nation und an der einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten.

Wichtige Voraussetzung, daß dieser Weg zur deutschen Einheit jetzt begangen werden kann, waren auch die politischen Rahmenbedingungen, die wir durch unsere Außen- und Deutschlandpolitik gesetzt haben.

- Wir haben mit den Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas unsere Politik der guten Nachbarschaft fortgesetzt.
- Die europäische Einigung wurde vom Bundeskanzler nachdrücklich vorangetrieben und hierdurch eine Dynamik entwickelt, die die

Reformen in Mittel- und Osteuropa mit ausgelöst hat. Die Ideen der freiheitlichen Demokratie, des gesellschaftlichen Pluralismus und der Sozialen Marktwirtschaft haben sich als stärker erwiesen als die Einparteiendiktatur und die sozialistische Planwirtschaft.

- Nicht zuletzt waren die Beiträge der Bundesregierung für die Festigung des Bündnisses Anfang der 80er Jahre entscheidend für die darauf aufbauenden Abrüstungsinitiativen.
- Schließlich haben wir mit unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik der vergangenen sieben Jahre die Grundlagen dafür geschaffen,

daß wir jetzt dem Reformprozeß in Mittel- und Osteuropa wirtschaftlich helfen können.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem 10-Punkte-Programm eine konkrete Perspektive für die Wiederherstellung der deutschen Einheit geschaffen. Über eine immer engere Zusammenarbeit und über konföderative Strukturen werden wir uns dem Ziel der Einheit Deutschlands und Europas schrittweise nähern.

Für die CDU ist klar: Wir wollen Freiheit und Einheit für alle Deutschen, denn wir sind ein Volk.



Inhalt:

- Volker Rühle: Politik für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Einführungsidee des Generalsekretärs zur Deutschland-Erklärung. **Seite 18**
- Martin Kirchner: Der Sozialismus ist als Gesellschaftskonzeption endgültig gescheitert. **Seite 21**
- Wolfgang Schnur: Es darf nie wieder politische Gefangene in Deutschland geben. **Seite 23**
- Dietmar Czok: Die sozialistische Planwirtschaft hat überall und endgültig versagt. **Seite 25**
- Brigitta Kögler: Einheitliche Verfassung durch einen gemeinsamen Volksentscheid. **Seite 28**

- Winfried Wolk: Ein geeintes Deutschland wäre eine Brücke zwischen den Kulturen. **Seite 30**
- Rainer Eppelmann: Am Anfang eines neuen Weges. **Seite 33**
- Frank Rothmann: Lösung der nationalen Frage mit dem Neuaufbau untrennbar verbunden. **Seite 35**
- Deutschland-Erklärung: Die CDU ist die Partei der Freiheit und Einheit. Leitlinien zur Deutschlandpolitik. **Seite 39**
- Wiedervereinigung bleibt unser politisches Ziel. Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. **Seite 47**
- Unsere Verantwortung in der Welt. Die Beschlüsse der CDU zur Deutschlandpolitik auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden. **Seite 59**

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Freiheit und Einheit Deutschlands vollenden

Wie ich in der Begrüßung sagte, treffen wir uns in diesem Jahr hier in Berlin unter völlig neuen Vorzeichen. Wir erleben Veränderungen, die noch vor wenigen Wochen kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Vor genau drei Monaten waren wir in Bremen zu unserem Bundesparteitag zusammengekommen. Damals hörten wir die erlösende Nachricht aus Ungarn: Die vielen jungen Menschen aus der DDR, die sich in unsere Botschaft in Budapest geflüchtet hatten, durften in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen — und wir alle freuten uns mit unseren Landsleuten.

Ich glaube nicht, daß wir uns damals alle bewußt waren, daß diese schicksalhafte Entscheidung der ungarischen Regierung unter anderem das Signal für die revolutionäre Umgestaltung der DDR sein würde.

Wieviel hat sich seither ereignet! In wenigen Wochen hat sich die Situation in Deutschland und Europa auf dramatische Weise verändert. Der unüberhörbare Ruf unserer Landsleute nach Freiheit hat einen tiefen Einschnitt bewirkt. Sie demonstrieren auf den Straßen in Leipzig, in Dresden, in Berlin und anderswo für ihr Recht auf Selbstbestimmung — und mehr und mehr auch für die Einheit Deutschlands.

Der Wandel zeigt sich nicht zuletzt daran,

daß wir heute Gäste aus der DDR bei uns haben. Ich hoffe sehr, daß ein solches Bild bald zur Selbstverständlichkeit bei den Veranstaltungen der CDU Deutschlands gehört.

Ich erinnerte eben aus gutem Grund an meine Rede auf dem Bremer Bundesparteitag. Ich habe damals vier Beispiele

Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß in Berlin am 11. Dezember 1989

genannt, die unsere Visionen für die Zukunft besonders eindringlich beschreiben:

Erstens: Ein vereintes Europa, in dem die Teilung unseres Kontinents in Freiheit überwunden wird.

Zweitens: Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit für alle Deutschen.

Drittens: Die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung.

Viertens: Eine solidarische, eine menschliche Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie steht.

Was ich in Bremen gesagt habe — zum Beispiel zu den Themen „Umwelt“ und „Familie“ — hat nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt, ich will Sie nachdrücklich darauf verweisen. Heute aber wollen wir

uns ganz bewußt auf unsere Politik für Deutschland und für Europa konzentrieren.

Die kommunistische Herrschaft in der DDR bricht zusammen, die SED dankt ab. Und unsere Landsleute sind dabei, sich mit friedlichen Mitteln ihre Freiheit zu erkämpfen.

Ich sage noch einmal, was ich in den vergangenen Wochen immer wieder erklärt habe: Wir sind stolz auf unsere Landsleute, auf ihren Freiheitswillen, ihren Mut, ihre Besonnenheit. Wir wollen ihnen ganz einfach zurufen: „Ihr steht nicht allein, wir sind ein Volk! Wir gehören zusammen!“

Berlin war über Jahrzehnte hinweg das Symbol der Teilung Deutschlands und damit immer auch der Teilung Europas. Das Bild der Mauer vor dem Brandenburger Tor stand weltweit für jene Grenze, die Europa ebenso wie unser Vaterland auf eine unmenschliche Weise zerschnitt.

Berlin stand und steht aber vor allem für die friedliche Kraft der Freiheit — und für die Botschaft, daß der Freiheitswille der Menschen nicht gebrochen werden konnte. Und niemand von uns wird je den Augenblick vergessen, als in der Nacht vom 9. auf den 10. November die Mauer in Berlin geöffnet wurde. Uns stehen noch die Bilder dieser Nacht vor Augen, die ergreifenden Szenen der Freude, des Glücks und der Brüderlichkeit.

Vielleicht hat uns das einen Augenblick lang vergessen lassen, wie nahe Freude und Leid beieinander liegen können. Wir haben es gerade in diesen Tagen wieder erfahren: Der brutale Mord an Alfred Herrhausen hat uns hart getroffen — wie ein Schlag. Eine der herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft,

ein führender Repräsentant unseres Landes, ein guter Freund, ein deutscher Patriot ist einen sinnlosen Tod gestorben. Seinen Angehörigen und vielen anderen Menschen wurde großes Leid zugefügt.

Liebe Freunde, dieser feige Anschlag richtet sich gegen uns alle — gegen unsere freiheitliche Ordnung und gegen jene Ideen, die jetzt weltweit immer mehr Zustimmung finden. Und auf eine schreckliche Weise ist uns bewußt geworden, daß die Feinde der Freiheit nicht ruhen und daß wir wachsam bleiben müssen. Es gilt, den terroristischen Bedrohungen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen.

Die Mörder Alfred Herrhausens und der vielen anderen, deren ich im Dom zu Frankfurt dieser Tagen gedachte, sind keine verirrtten jungen Leute, die womöglich Verständnis verdienen oder gar als Partner für einen Dialog in Frage kommen. Sie sind Verbrecher, und als solche werden sie verfolgt und bestraft werden. Ihr Ziel aber werden sie nicht erreichen. Sie werden diese freiheitliche Ordnung nicht zerstören können, und sie werden auch die Hoffnungen der Menschen nicht zerstören können — Hoffnungen auf eine friedlichere, auf eine gerechtere Welt.

Liebe Freunde, es geht jetzt um die Freiheit für alle Deutschen — und zwar in allen Bereichen ihres Lebens.

Es geht darum, die Freiheit und Einheit Deutschlands zu vollenden. An diesem Auftrag unserer Verfassung, des Grundgesetzes, haben wir Christlichen Demokraten immer selbstverständlich festgehalten — im Gegensatz zu manchen anderen.

Daß sich auf dem Weg zu diesem Ziel neue Chancen eröffnen, ist gewiß auch

eine Folge unserer Grundsatztreue und unserer Standfestigkeit in dieser Frage.

Wir sind heute Zeugen eines Siegeszuges der Freiheit in vielen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Das verdanken wir — ich sage es noch einmal — in erster Linie den vielen Menschen dort: unseren Landsleuten in der DDR, aber auch den Menschen in anderen Staaten des Warschauer Pakts.

Dieser Siegeszug der Freiheit ist aber auch — und es ist wichtig, das immer wieder zu sagen — das Ergebnis politischer Entwicklungen in den vergangenen Jahren. Ich denke vor allem an die erfolgreiche Politik des westlichen Bündnisses, an die Anziehungskraft des europäischen Einigungswerkes, auch an die Politik der Umgestaltung von Generalsekretär Gorbatschow und das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik, die jetzt das Recht der Völker auf ihren eigenen Weg — wie Generalsekretär Gorbatschow und ich es in der Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni dieses Jahres in Bonn bekräftigt haben — ausdrücklich anerkennt.

Besonders wichtig — ich wiederhole es — war das, was die Reformbewegungen in Ungarn und Polen in Gang gesetzt haben.

Wir haben mit unserer Politik zu all diesen Entwicklungen beigetragen. Und gerade weil jetzt so viele — auch in der Bundesrepublik — über Nacht Positionen verändern und sich in einer Weise darstellen, als hätte man es von ihnen vorgestern und gestern — und selbst noch in diesem Jahr — noch ganz anders gehört, ist es wichtig, daß wir als CDU deutlich machen, woher wir kommen, wo wir stehen und wohin wir gehen werden. So war zum Beispiel die feste Einbindung in die Wertegemeinschaft des Westens

immer das unverzichtbare Fundament einer aktiven Deutschlandpolitik. Konrad Adenauer und die CDU haben diese Politik durchgesetzt, und wir stehen auch in Zukunft dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien eingegliedert und in ihr fest verankert bleibt.

Wir, die Union und die von uns geführte Bundesregierung, haben in einer kritischen Phase — in den Jahren 1982 und 1983 — gegen erbitterten Widerstand am NATO-Doppelbeschluß festgehalten und so den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz gesichert.

Das hat, wie jeder weiß, im Ergebnis zum Durchbruch bei der Abrüstung geführt. Zum ersten Mal in der Geschichte wird weltweit eine ganze Kategorie sowjetischer und amerikanischer Nuklearwaffen abgebaut. Vor allem aber hat diese Standfestigkeit, diese Grundsatztreue zum Umdenken im Warschauer Pakt wesentlich beigetragen.

Liebe Freunde, es ist ja heute so, daß es fast schon als unsittlich gilt, wenn wir unseren politischen Gegnern ihre Irrtümer von gestern vorhalten. Dennoch tun wir gut daran, uns noch einmal an jene Wahlkampfparolen zu erinnern, mit denen sie noch vor wenigen Jahren gegen uns Stimmung machten. Was hat man uns nicht alles vorgeworfen! Man sprach davon, daß wir, die Union, „nicht friedensfähig“ seien. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus: Die Erfolge unserer Politik für den Frieden sind für jeden erkennbar, hier auf dem Kurfürstendamm, aber beispielsweise auch in Kreisa und anderswo in der Welt.

Wenn wir damals nicht standfest geblieben wären, wäre vieles von dem, was heute beinahe selbstverständlich erscheint, nicht möglich gewesen.

Mit unserem erfolgreichen Engagement für die wirtschaftliche und politische Integration Europas haben wir zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft entscheidend beigetragen. Ich habe mich dafür mit ganzer Kraft eingesetzt, weil ich immer wußte, daß das, was Konrad Adenauer schon in den fünfziger Jahren formuliert hat, stimmt — daß nämlich die Probleme der Deutschen nur unter einem europäischen Dach zu lösen seien.

Und schließlich haben wir in der Union — und ich behaupte: mehr als alle anderen — unbeirrt für den Zusammenhalt unserer Nation gewirkt. Wir haben durch unsere Politik das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten und geschärft und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft.

Es ist reizvoll — auch für Sie —, in diesen Tagen noch einmal die kritischen Kommentare nachzulesen — und zu sehen, von wem sie kamen —, die anlässlich des Besuches von Erich Honecker in Bonn über meine Tischrede verbreitet wurden. Ich brauche keinen Satz aus dieser Rede zurückzunehmen.

Und ich erinnere in dieser Stunde auch — weil es ja auch in unseren Reihen damals Diskussionen gab, ganz heftige zum Teil — an die Debatte, die wir hatten, als es um den sogenannten Milliardenkredit ging. Übrigens haben die Steuerzahler in der Bundesrepublik — das will ich doch einmal betonen, weil immer wieder etwas anderes behauptet wird — bis zu dieser Stunde keine Mark aufbringen müssen für diesen Kredit; denn dieser Kredit ist niemals notleidend geworden. Es war ein Bankkredit, für den wir Garantien gegeben haben. Aber: im Gefolge dieses Kredits sind Millionen

von Reisen aus der DDR zu uns möglich geworden. Die Stärkung des Bewußtseins dafür, daß wir Deutschen zusammengehören — das ist doch ein Erfolg dieser Politik!

Liebe Freunde, wir waren als Union immer die deutsche Europa-Partei. Wir waren gleichzeitig immer auch die Partei mit dem Willen zur Einheit. Das wird so bleiben — und das allein ist schon ein Grund, alles zu tun, um in dem bald beginnenden Wahljahr gut bestehen zu können. Wer noch Zweifel daran hat, daß in dieser geschichtlichen Stunde die Handschrift der Union notwendig ist, der sollte sich einmal die Ereignisse der letzten Wochen vor Augen führen. Denn wer, wenn nicht wir, soll in dieser Zeit dramatischer Veränderungen Kurs halten und unsere Chance nutzen?

Ich begrüße es, daß jetzt zahlreiche Sozialdemokraten unsere erfolgreiche Politik für Deutschland im wesentlichen unterstützen. Solche Gemeinsamkeit ist gut, und ich wünsche sie mir auf vielen Feldern. Es gibt in unserer freiheitlichen Demokratie genügend Felder der Politik, auf denen wir uns streitig — und das gehört dazu — auseinandersetzen können. Es täte der deutschen Sache jedoch gut — nicht zuletzt draußen in der Welt —, wenn es einige wichtige Bereiche gäbe, in denen wir, die großen demokratischen Gruppierungen in der Bundesrepublik, gemeinsame Wege beschritten.

Deshalb bedauere ich, daß innerhalb der SPD — trotz der Beschlüsse von vergangener Nacht — zum Teil ganz andere Vorstellungen vertreten werden, die einer Gemeinsamkeit unüberwindbare Hindernisse entgegenstellen. Die Sozialdemokraten müssen das unter sich austragen.

Wie war das denn mit den Forderungen aus den Reihen der SPD, eine eigene Staatsangehörigkeit der DDR — eine Uraltforderung von Erich Honecker — anzuerkennen? Heute will sie das nicht mehr wahrhaben — aus gutem Grund. Denn, liebe Freunde, was wäre denn aus unseren Landsleuten in Ungarn und in den Botschaften in Prag und Warschau geworden, wenn wir diese Forderung der SPD übernommen hätten?

Jahrelang hat man uns vorgeworfen, wir würden keine Kontakte zu den kommunistischen Parteien des Warschauer Pakts pflegen. Um diese Vorwürfe ist es jetzt sehr still geworden. Wir brauchen heute nicht gemeinsame Positionspapiere — wie insbesondere jenes von SED und SPD — mühsam unter den Tisch zu kehren. Wir haben solche Art von Gemeinsamkeit nie gesucht, und wir werden das auch in Zukunft nicht tun.

Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von der SPD ein klares Wort zu ihrem gemeinsamen Grundwerte-Papier mit der SED. Es datiert vom August 1987, und das ist so lange noch nicht her. „Beide Seiten“, so heißt es dort zum Beispiel, „müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.“

Es geht in Wahrheit doch nicht darum, „daß ein System das andere abschafft“. Es geht um den Willen der Mehrheit unserer Landsleute in der DDR — und sie haben denn auch dem Machtmonopol der SED ein Ende bereitet.

Deswegen, liebe Freunde, lassen Sie uns die Auseinandersetzung um den besten

Weg in der Deutschlandpolitik mit großer Entschiedenheit und mit kämpferischem Elan führen!

Wir in der Union standen zu unseren Prinzipien. Für mich stand die Präambel unseres Grundgesetzes nie zur Disposition. Ich habe sie immer — in allen meinen Ämtern, nicht zuletzt seit meiner Wahl zum Bundeskanzler — als eine sehr persönliche Verpflichtung empfunden.

Die Präambel fordert das deutsche Volk auf, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, und sie bekundet den Willen des deutschen Volkes, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Diese beiden Aufträge gehören zusammen, und sie sind von den Gründern der Union — übrigens nicht zuletzt hier in Berlin, im Sommer 1945 — von Anfang an als zusammengehörig verstanden worden. Und als wir vor einigen Wochen im Hof von Kreisau standen, wurde uns einmal mehr bewußt, wie der Geist des Kreisauer Kreises — dessen Mitglieder ja doch zur Elite des „anderen Deutschland“ in finsterner Zeit gehörten — lebendig geblieben ist.

Wir stehen heute — und wir sollten das mit Nachdenklichkeit erkennen — am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte. Es gibt kluge Leute, die vermutlich zu Recht sagen, daß in diesen Wochen das Ende der Nachkriegszeit begonnen oder sich sogar vollzogen habe. Wer das Treffen von Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow vor Malta beobachtet hat, der weiß, daß wir einen historischen Augenblick erleben: Wir treten jetzt — Gott sei Dank! wohl endgültig — aus dem Schatten des kalten Krieges heraus in der Hoffnung, daß jetzt eine neue Ära beginnt, die vom Geist der Freiheit

und vom friedlichen Miteinander der Völker geprägt ist.

Wir, die CDU, haben unsere Vision einer europäischen Friedensordnung immer wieder vorgetragen. Es geht jetzt darum, eine solche Friedensordnung zu gestalten. Und wir, liebe Freunde, sind aufgerufen, daran mitzuwirken. Deshalb habe ich am 28. November vor dem Deutschen Bundestag mein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt.

Diese zehn Punkte sind von manchen ja bewußt mißverstanden worden. Und ich erlebe selbst im Gespräch mit Repräsentanten der internationalen Politik, daß sie mehr über die zehn Punkte gelesen haben als die zehn Punkte selbst. Weil dies so ist — wir kennen ja dieses Übel auch aus der eigenen Partei, wir brauchen also nicht auf andere herabzuschauen, — will ich hier noch einmal klarstellen: Niemand kann und soll diese Punkte als starres Konzept oder gar als einen Zeitplan mißverstehen. Wer den Text liest und die Gedankengänge, die mich bewegen, wirklich zur Kenntnis nimmt, der weiß, daß ich für ein möglichst hohes Maß an Flexibilität und an Offenheit für die künftigen Entwicklungen plädiere.

Es kann und soll kein künstlicher Zeitdruck erzeugt werden, noch kann man, wie es manche glauben, die deutsche Frage aus der gesamteuropäischen Entwicklung herauslösen.

Wer die zehn Punkte als Ganzes liest — und sie sind nur als Ganzes verständlich —, der weiß, daß es mir vor allem um einen organischen Prozeß geht: einen Prozeß, der die Stabilität in Europa sichert und die Interessen aller berücksichtigt.

Aber nicht wir oder andere in Ost und West bestimmen heute Inhalt, Richtung und Tempo dieses Prozesses. Die Entwicklung in der DDR — und das muß man sagen, obwohl es manche nicht gerne hören — wird von den Menschen dort gestaltet. Sie kann nicht von irgendeinem „grünen Tisch“ oder gar mit einem Terminkalender in der Hand geplant werden.

Und selbstverständlich gilt: Die Menschen in der DDR müssen frei bestimmen können, welchen Weg sie gehen wollen. Jeder in Deutschland, in Europa und weltweit wird das zu respektieren haben — ob es ihm gefällt oder nicht. Ich selbst habe nie einen Zweifel daran gehabt, daß sich die Menschen in der DDR zu gegebener Zeit für die Einheit unseres Vaterlandes entscheiden werden.

Liebe Freunde, ich beschränke mich auf wenige Sätze zu den Elementen des Zehn-Punkte-Programms:

Zunächst geht es darum, Sofortmaßnahmen einzuleiten. Wir wollen so rasch wie möglich helfen, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird — im humanitären Bereich, etwa bei Engpässen in der medizinischen Versorgung.

Ich begrüße es, daß zur Lösung des Devisenproblems jetzt eine Übereinkunft mit den Verantwortlichen in der DDR getroffen wurde. Für uns in der Bundesrepublik Deutschland ist dabei auch wichtig, daß der Mindestumtausch und die Visumpflicht bei Reisen in die DDR abgeschafft werden. Ab 1. Januar wird Wirklichkeit, was wir uns — ich sagte es schon — zum Ziel gesetzt haben: ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

Liebe Freunde, man muß sich einmal klarmachen, was dies bedeutet: Nach Jahrzehnten der Teilung und

der Trennung können die Deutschen endlich wieder frei zusammenkommen.

Ich bedanke mich bei all denen, die mitgeholfen haben, daß dies noch vor Weihnachten — und das ist ein wirkliches Weihnachtsgeschenk an die Deutschen — vereinbart werden konnte. In diesen Dank schließe ich die zuständigen Stellen in der DDR ausdrücklich ein. Aber daß ich mich besonders bei unserem Freund Rudolf Seiters bedanke, versteht sich von selbst.

Was er hier geleistet hat, konnte ich aus nächster Nähe beobachten. Er hat viel und hart gearbeitet, und er hat unser Lob verdient. Und da wir ja in der CDU Deutschlands mit dem Lob für die eigenen Leute allzu sparsam sind, spreche ich ihm besonders gern meine Anerkennung aus.

Ich selbst werde in der nächsten Woche, am 19. Dezember, nach Dresden reisen, um mich dort mit Ministerpräsident Modrow zu treffen. Dieses Treffen findet genau zum richtigen Zeitpunkt statt. Wer hat mich nicht alles bedrängt, schon früher zu fahren! Auch um diese Ratschläge ist es still geworden. Denn so mancher in der DDR, mit dem ich hätte sprechen sollen, ist schon nicht mehr in Amt und Würden.

Auch aus dieser Erfahrung sollten wir in unserer Partei die nötigen Lehren ziehen: Lassen wir uns doch nicht von irgendwelchen Kommentatoren — zumal solchen, die uns alles andere als gewogen sind — jeden Unsinn aufreden. Wer in der Politik vernünftig handeln will, darf sich nicht von den Aufgeregtheiten des Tages überwältigen lassen. Wer jeder Mode hinterherläuft, über den geht die Entwicklung sehr schnell hinweg. Unser Handeln muß auf unsere Überzeugungen gegründet sein. Wir brauchen sowohl den Mut

zur Entscheidung als auch den Mut zur Gelassenheit. Das kann ich immer wieder nur eindringlich unterstreichen, gerade jetzt und in dieser Zeit.

Wir werden in Dresden darüber zu sprechen haben, wie die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland ausgebaut werden kann: Auf wirtschaftlichem, auf wissenschaftlich-technologischem und kulturellem Gebiet, vor allem auf jenen Gebieten, wo unsere Zusammenarbeit den Menschen unmittelbar zugute kommt. Ich denke an das, was unser Freund Klaus Töpfer in großartiger Weise eingeleitet und vorangebracht hat im Bereich des Umweltschutzes. Ich denke auch an die überfällige Verbesserung — Christian Schwarz-Schilling nimmt sich dieser Sache besonders an — im Bereich der Fernspreverbindungen: Es dient ja immer auch dem Zusammenhalt der Nation, wenn möglichst viele Menschen hüben und drüben problemlos miteinander telefonieren können.

Ich habe darüber hinaus angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen Systems in der DDR unumkehrbar in Gang gesetzt wird. Manche haben mich auch dafür gescholten. Es geht mir jedoch nicht um den Aufbau einer „Druck-Kulisse“. Ich lasse mich vielmehr von der Erwägung leiten, daß die Menschen in der DDR es einfach nicht verstünden, wenn wir ihre Freiheitsbestrebungen nicht mit Nachdruck unterstützten.

Für mich heißt „unumkehrbar“ beispielsweise, daß die gegenwärtige politische Führung in der DDR sich mit den Oppositionsgruppen bei den Gesprächen am „Runden Tisch“ auf den zukünftigen

Weg einigt. Das heißt, um es klar auszusprechen: Wir wollen nicht, daß irgendeine Gruppierung von diesen Entscheidungen ausgeschlossen wird. Wir wollen die Stimme des Volkes am „Runden Tisch“ wiedererkennen können, etwa bei weiteren Verfassungsänderungen und bei einem neuen Wahlgesetz — einem Wahlgesetz, das freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger — das heißt auch: nicht-sozialistischer — Parteien ermöglicht. Dies sind Forderungen, die ich unterstütze, und wir sind jetzt offensichtlich in der glücklichen Lage, daß sich die Dinge auch in diese Richtung entwickeln.

Ebenso unterstützen wir selbstverständlich die Forderungen nach Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR, insbesondere nach Abschaffung des politischen Strafrechts. Für uns ist klar: Alle politischen Gefangenen müssen jetzt freigelassen werden.

Unsere Wirtschaftshilfe kann nur wirksam werden, wenn in der DDR die entsprechenden Grundlagen geschaffen werden. Das ist schlicht und einfach die Voraussetzung dafür, daß sich die Dinge zum Besseren wenden. Das hat mit Belehrungen überhaupt nichts zu tun. Auch die Ungarn haben dergleichen nicht als Belehrung empfunden: Unsere guten und engen Kontakte mit der ungarischen Führung beweisen das, und wenn ich heute in einer Woche vor dem ungarischen Parlament eine Rede halten werde, dann wird dieses Einvernehmen für jedermann erkennbar sein.

Die Menschen in der DDR selbst müssen auch im Blick auf die Wirtschaftsordnung entscheiden, was sie wollen. Sie werden sich dabei gewiß auch am Beispiel jener Nachbarländer orientieren, die mit ihren

Wirtschaftsreformen Erfolg haben. Sie wissen genau, daß von unseren beiden deutschen Landsleuten Ludwig Erhard und Karl Marx heute Ludwig Erhard sich mit seinen freiheitlichen Ideen durchsetzt — in Ost und West. Das gilt, wie ich weiß, nicht zuletzt für die Sowjetunion. Es kann nicht unser Ziel sein, ein abgewirtschaftetes System zu stabilisieren, das von den Menschen abgelehnt wird. Unsere Landsleute wollen auch im wirtschaftlichen Bereich klare Verhältnisse haben. Sie wollen dem Machtmißbrauch ein Ende bereiten, und dafür habe ich volle Sympathie.

Ich bin heute mehr denn je überzeugt davon, daß unter den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft das Ideengebäude von Ludwig Erhard und seinen Freunden das einzig wirklich angemessene Ordnungsprinzip ist.

Ludwig Erhard hat die Soziale Marktwirtschaft niemals nur — ich sage bewußt „nur“ — als eine Wirtschaftsordnung, sondern stets auch als eine freiheitliche Gesellschaftsordnung verstanden. Und das Prinzip Freiheit ist eben immer noch das beste Prinzip, um Menschen zu motivieren, etwas zu tun. Und weil das so ist, ist es außerordentlich wichtig, daß auch die Menschen in der DDR, die ja mindestens genauso fleißig sind wie die Deutschen in der Bundesrepublik, genauso intelligent und genauso tüchtig, endlich ihre Chance bekommen; daß sie selbst darüber bestimmen können, welchen Weg sie nehmen, um ihr Glück, auch ihr privates Glück, zu finden.

Sie wollen eine freiheitliche Wirtschaftsordnung — eine Ordnung, in der ihre Leistungskraft sich entfalten kann. Und das heißt: Wir wollen helfen, wir wollen die Chance nutzen, damit möglichst viel —

auch privates — Kapital unter angemessenen Bedingungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR gelangt. Ich kenne viele Dutzende — ich glaube sogar, die Zahl geht in die Hunderte — von bundesdeutschen Unternehmern und Unternehmen, die nur auf ein entsprechendes Startsignal warten. Sie sagen sich: Wenn wir die Chance zum Investieren erhalten — etwa unter den gesetzlichen Bedingungen, wie sie jetzt im ungarischen Parlament verabschiedet wurden: warum sollte dergleichen nicht auch bald in der DDR möglich sein? —, dann gehen wir natürlich in die DDR.

Viele von denen kommen doch aus der DDR. Man muß gelegentlich daran erinnern. Man muß gelegentlich auch daran erinnern, daß die zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge den Wiederaufbau der Bundesrepublik möglich gemacht haben. Warum sollten das unsere Landsleute in Eisenach, in Halle, in Dresden oder in Leipzig nicht heute auch können, wenn sie vergleichbare Bedingungen haben? Und genau das wollen wir. Wir wollen, daß sie vergleichbare Bedingungen haben und zeigen können, was sie schaffen wollen — und sie werden es schaffen.

Dieses Ziel unserer Politik gilt nicht zuletzt auch für die Deutschen in anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Viele von ihnen würden gern in ihren Heimatregionen bleiben, wenn sie dort leben könnten, wie sie es wünschen. Es kann nicht unsere Politik sein — das will ich noch einmal sehr deutlich hier zum Ausdruck bringen —, daß die Menschen aus der Sowjetunion oder aus Polen in großer Zahl ihre angestammte Heimat verlassen, um bei uns ein neues Zuhause zu finden. Unser Ziel muß sein, daß sie in ihrer angestammten Heimat die Chance finden, ihr Glück in aller Freiheit und nach eigener Disposition zu finden.

Auch weiterhin werden noch Deutsche als Aus- oder Übersiedler zu uns kommen — zum Beispiel aus Rumänien. Ich glaube nicht, daß die Rumänen-Deutschen noch eine echte Chance haben, und es ist unsere selbstverständliche Pflicht, sie bei uns aufzunehmen und ihnen zu helfen.

Wir haben keinen Grund, angesichts der Probleme mit den Deutschen, die da zu uns kommen, zu verzagen und ängstlich zu sein. Jene, die sich in dumpfen Stammtisch-Parolen über diese Landsleute abfällig äußern, sollten einmal bedenken, was es heißt, in den letzten fünfzig Jahren etwa in Rumänien als Deutscher gelebt zu haben. Sie sollten einmal mit jenen Frauen sprechen, die jetzt fünfundsechzig oder siebzig sind und die den Weg von Rumänien nach Sibirien, von Sibirien nach Rumänien gegangen sind und dann wieder in Rumänien gelebt haben.

Wer von Solidarität spricht, muß wissen: Das ist keine Einbahnstraße. An die Adresse von so manchem in der linken Szene der Bundesrepublik Deutschland füge ich hinzu: Wer auf den Straßen und Plätzen präsent ist, wenn es zum Beispiel um Nicaragua geht, der sollte sich endlich einmal vor allem auch um die Deutschen kümmern.

Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer „Vertragsgemeinschaft“ gesprochen. Wir sind bereit — ich bin bereit —, diesen Gedanken aufzunehmen. Die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz der Zusammenarbeit — und das heißt übrigens für uns immer selbstverständlich: unter voller Einbeziehung Berlins.

Wir sind auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen. Ein solcher Weg braucht Zeit. Hier geht es um lange Zeiträume — und ich sage das, um den einen oder anderen vor der Illusion zu warnen, dies alles stünde uns schon morgen abend ins Haus. Ein solcher Weg setzt zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus. Ich kann mir gut vorstellen, daß nach freien Wahlen schon bald folgende Institutionen entstehen könnten:

- ein gemeinsamer Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und zur Abstimmung in politischen Fragen,
 - gemeinsame Fachausschüsse,
 - ein gemeinsames parlamentarisches Gremium
- und manches andere mehr.

Stufenweise könnten neue Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Das liegt auch in der Tradition der deutschen Geschichte. Dabei müssen wir nicht immer nur an den Gesamtstaat denken. Es ist doch einfach überfällig, daß die beiden Teile Berlins und dessen Umfeld wieder enger zusammenarbeiten. Das gilt allgemein für die ganzen Grenz-Regionen. Es ist heute — ich sage das hier gerade unseren Gästen aus der DDR — in einer im Vergleich zu früher geradezu unfaßbaren Weise längst selbstverständlich, daß an der West-Grenze Deutschlands regionale Zusammenschlüsse bestehen. Am kommenden Freitag werde ich mich mit François Mitterrand, dem französischen Staatspräsidenten, und dem Schweizer Bundespräsidenten in Basel treffen. Da geht es um die Zusammenar-

beit in dieser Grenzregion, namentlich zwischen Baden-Württemberg, dem Elsaß und der Schweiz. Wir haben ähnliche Kooperationen im saarländischen Raum — mit Lothringen und mit Luxemburg —, zwischen Niedersachsen und seinen Nachbarn, im Aachener Raum, zwischen Schleswig-Holstein und den dänischen Nachbarn.

Vierzig Jahre Teilung haben beispielsweise auch dazu geführt, daß man sich mitten in Deutschland in der Verkehrspolitik den Rücken zugewandt hat. Das muß anders werden, und zwar so schnell wie möglich. So trete ich dafür ein, daß wir im Rahmen der jetzt geltenden oder noch zu treffenden Abmachungen auch an die Anbindung Berlins an die Strecken für die künftigen schnellen Züge denken. Es ist an der Zeit, daß wir das gesamte Verkehrskonzept neu bedenken. Wir werden ja am Freitag in Basel die drei modernsten Zugkombinationen vorführen, die es in Europa gibt: in der Schweiz, in der Bundesrepublik und in Frankreich. Es wäre doch eine schöne Vision einer friedlichen Entwicklung in der Welt, daß man einmal mit solchen Zügen von Paris über Berlin — eben quer durch Deutschland — und über Warschau nach Moskau fahren könnte. Das ist doch eigentlich das Ziel, das wir uns jetzt setzen sollten. Auch das gehört zum Zusammenwachsen in Europa.

Ich spreche bewußt nicht, was die Zukunft in Deutschland angeht, von einer „Konföderation“. Einer von mehreren Gründen ist, daß ein solcher Schritt aufgrund der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit beider Staaten in Deutschland Fragen aufwirft, die wir — auch ich — heute noch nicht beantworten können, solange die Überwindung der Trennung Europas und die Abrü-

stung nicht weiter vorangeschritten sind.

Denn daran kann es keinen Zweifel geben: Die künftige Architektur Deutschlands — ich verwende bewußt dieses Bild vom Haus — muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas — und das heißt: in eine gesamteuropäische Friedensordnung, die auf der Grundlage von Freiheit, Selbstbestimmung und Achtung der Menschenrechte die Völker und Menschen in Europa zusammenführt.

Ziel unserer Politik war es niemals und wird es niemals sein — wie es viele befürchten in Den Haag, in London, in Rom, in Paris, Sie brauchen nur die Zeitungen der letzten Woche zu lesen —, daß wieder ein übermächtiges Deutschland in der Mitte Europas begründet wird. Das deutsche Volk bekennt sich im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland „zu unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Wir wollen Ort des Friedens und der Freiheit sein.

Seit Konrad Adenauer ist es unsere Politik, die deutsche Frage im europäischen Rahmen, gemeinsam mit unseren Nachbarn und Freunden, lösen zu wollen. Wir bekennen uns zur europäischen Idee — einer Idee, die schon vor dem Ersten Weltkrieg und dann in der Zeit zwischen den beiden Kriegen lebendig war. Denken Sie beispielsweise an das, was Romain Rolland in den zwanziger Jahren geschrieben hat.

Es hat noch einmal dieser schrecklichen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges bedurft, bis wir begriffen haben, was das Gebot unserer Zeit, was jetzt unsere Aufgabe ist. Ich kann es nur beschwörend

immer wieder sagen, was ich am Freitag und Samstag in Straßburg gesagt habe: Wir, die Deutschen, wollen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts unsere Probleme nicht im Alleingang lösen. Wir berücksichtigen die legitimen Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten. Es gibt keine deutschen Alleingänge. Wir sind mitverantwortlich für die Sicherheit in Europa.

Deutschlandpolitik und Europapolitik lassen sich nicht voneinander trennen: Sie sind und bleiben wie zwei Seiten derselben Medaille. Das müssen wir immer wieder bedenken.

Es gilt, den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft energisch voranzutreiben — aber wir müssen uns auch stets bewußt bleiben, daß die EG nicht das ganze Europa ist. Natürlich gehören Brandenburg, Leipzig und Dresden dazu, Warschau und Krakau, Budapest und Wien, Bern und Helsinki. Aber die EG ist ein Kristallisationspunkt für das Europa der Freiheit — mit einer starken Ausstrahlungskraft über die Grenzen der Gemeinschaft hinweg. Die Dynamik des Einigungsprozesses im westlichen Teil unseres Kontinents hat maßgeblich dazu beigetragen, daß auch im Osten verkrustete Strukturen aufbrachen.

Beim Europäischen Rat in Straßburg waren sich die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten darin einig, daß die Gemeinschaft mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zugehen muß. Es dürfte jetzt bald — und wir betreiben das mit Nachdruck — den Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR geben, und ich hoffe, daß jetzt beispielsweise auch Polen und Ungarn näher an die Gemeinschaft herangeführt werden können.

Die Verhandlungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind ein Herzstück der gesamteuropäischen Architektur — und für uns ein wichtiges Instrument, um die Friedensordnung der Zukunft zu schaffen. Wir wollen die bevorstehenden Foren und Veranstaltungen nutzen, um auch über neue institutionelle Formen der Zusammenarbeit nachzudenken, beispielsweise beim Umweltschutz.

Jetzt haben wir auch neue Chancen im Felde der Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Das Treffen zwischen George Bush und Michail Gorbatschow vor Malta vermittelt auch insoweit eine gute Perspektive für das Jahr 1990. Ich bin ziemlich sicher — und Sie wissen, ich bin zurückhaltend in meinen Prognosen —, daß eine große Chance besteht, bereits 1990 zu einem Abkommen zu kommen über eine Halbierung der strategischen Nuklearpotentiale der beiden Weltmächte.

Ich bin zuversichtlich, daß die Verhandlungen in Wien zu einem drastischen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa führen werden und daß wir — das ist ein alter Herzenswunsch von uns — zu einem weltweiten Verbot, zu einer Ächtung der chemischen Waffen kommen. Vor der wichtigen Bundestagswahl Anfang März 1983 bin ich angetreten mit der Vorstellung „Frieden schaffen mit weniger Waffen“. Wir haben Wort gehalten, liebe Freunde. Was jetzt möglich wird, ist das Ergebnis unserer Politik. Wir sollten darauf nicht nur stolz sein, sondern das auch unseren Mitbürgern deutlich sagen, denn viele haben völlig vergessen, wie es wirklich war. „In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland“ — das war die Vision

Konrad Adenauers. Wenn Sie einmal das Palais Schaumburg besuchen und ins alte Arbeitszimmer der Bundeskanzler kommen, wo alle meine Vorgänger — auch noch Helmut Schmidt in den beiden ersten Jahren — amtierten, bevor der Neubau fertig wurde, dann finden Sie dort die wenigen Notizen, mit denen Konrad Adenauer bei der Verabschiedung im Deutschen Bundestag seine Antwort auf Eugen Gerstenmaier vorbereitet hatte. In diesen kargen Notizen — es sind nur Stichworte — ist auch zu lesen, daß ein Ziel nicht erreicht wurde; und dann folgt, dick unterstrichen: Einheit Deutschlands.

Was der große alte Mann damals gedacht, was ihn wohl bewegt haben mag, als er diese Notiz niederschrieb, um dann unmittelbar zu antworten auf die Rede von Eugen Gerstenmaier, wissen wir nicht. Wir können es nur ahnen, vor allem jene, die ihm nahestanden. Er wäre zweifelsohne glücklich, wenn er heute hier sein und feststellen könnte, daß wir jedenfalls diesem großen Ziel ein gutes Stück nähergekommen sind. Er hat dafür gearbeitet, wie auch viele andere in allen demokratischen Parteien.

Jetzt bietet sich uns — den Deutschen und allen Europäern — eine historische Chance. Um so wichtiger ist es, daß die Bundesrepublik Deutschland berechenbar bleibt. Wie viel Elend ist in diesem Jahrhundert über die Welt gekommen, weil deutsche Politik nicht mehr berechenbar war! Daher ist es wichtig und war es ein wichtiges Ziel seit Adenauers Zeiten — ich sage bewußt: für alle Bundesregierungen —, daß die Bundesrepublik Deutschland ein berechenbarer Partner ist und bleibt.

Gerade jetzt, wo es in einigen Ländern in Europa tiefgreifende Veränderungen gibt, die man sich vor kurzem überhaupt nicht vorstellen konnte, kommt es darauf an, daß wir ein berechenbarer Partner sind.

Deshalb sind ja auch die Bundestagswahl und die Landtagswahlen im nächsten Jahr von großer Bedeutung. Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft unseres Landes, wenn es bei uns zu instabilen Verhältnissen, wechselnden Mehrheiten und radikalem Abenteurertum mit neutralistischen Tendenzen käme. Wir müssen um jede Stimme kämpfen, zunächst bei den Wahlen zu den Landtagen. Die nächste Wahl findet ja schon in wenigen Wochen statt, am 28. Januar an der Saar. Wer den Herrn Ministerpräsidenten dieses Landes in den letzten Monaten beobachtet hat, der wird mir sicher zustimmen: Die Saarländer haben wirklich einen besseren Regierungschef verdient. Es gibt wenige Beispiele eines so blanken Opportunismus wie diesen Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie.

Wir befinden uns in der ungewöhnlichen Situation, daß von den Sozialdemokraten kaum ein Wort zur Wirtschaftsentwicklung zu vernehmen ist. Der Grund ist klar.

Wir können dankbar verzeichnen, daß dies wiederum ein gutes Jahr wird. Das Jahr 1989 ist ein Rekordjahr, das siebte gute Jahr in Folge. In der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es so etwas noch nicht. Seien wir all jenen dankbar, die zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Es sieht so aus, als würde auch das Jahr 1990 ein gutes Jahr werden. Wir können dabei manches noch verspielen und unsere Chancen verschlechtern. Wir stehen vor wichtigen Tarifverhandlungen. Sie sind grundsätzlich nicht Sache des

Staates. Zu den besten Erfahrungen und Ergebnissen von 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland gehört die Tarifhoheit. Sie bedeutet, daß man auf beiden Seiten, Unternehmen wie Gewerkschaften, um die besten Bedingungen kämpft. Aber niemand soll glauben, daß die Interessen einer Gruppe gut wahrgenommen werden können, wenn sie nicht eingebettet sind in das Interesse der Gesamtheit.

Wer jetzt also — von welcher Seite auch immer — unsinnige Forderungen stellt, deren Erfüllung die volkswirtschaftliche Entwicklung stören dürfte, muß wissen, daß er der Gesamtheit schaden kann. Und drei Jahre vor dem großen europäischen Binnenmarkt mit 320 Millionen Menschen sind wir klug beraten, das Erhard-Wort vom „Maßhalten“ nicht als eine Persiflage für Wirtschaftspolitik zu empfinden, sondern als eine sinnvolle Anwendung nützlicher Erkenntnisse für die Zukunft.

So deutet alles darauf hin, daß wir zwar ein arbeitsreiches Jahr vor uns haben, ein Jahr, in dem wir kämpferisch gemeinsam bestehen wollen, daß wir aber gute Chancen haben.

Wir haben versucht, unsere Pflicht zu tun. Das sage ich auch für mich persönlich. Manches ist sehr gut gelungen, anderes weniger, und einiges gar nicht. Auch das gehört zum Erfahrungsbericht über ein Jahr. Aber wir haben versucht, mit heißem Herzen und mit kühlem Verstand zugleich, der Sache unseres Landes zu dienen. Und am Ende dieses Jahres 1989, das so viele dramatischen Veränderungen brachte, und hier mitten in Berlin, nicht weit entfernt vom Deutschen Reichstag, möchte ich Ihnen zurufen: Lassen Sie uns gemeinsam für unser Vaterland eine gute Zukunft gewinnen! Die neunziger Jahre sollen ein Jahrzehnt des Friedens, ein Jahrzehnt der Freiheit, ein Jahrzehnt von mehr Gerechtigkeit werden. ■

Volker Rühle: Politik für die Freiheit und Einheit Deutschlands

Mit jedem Tag neuer Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zeigt sich immer deutlicher, wie richtig es war, daß wir beharrlich für die Freiheit und für die Einheit Deutschlands und Europas eingetreten sind. Wir müssen jetzt nicht wie die Sozialdemokraten einen Schlingerkurs fahren, und wir müssen jetzt auch nicht deutschlandpolitische Pirouetten drehen, wie wir das bei der SPD-Führung in den letzten Tagen beobachten konnten.

Mit dem Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers haben wir unsere Meinungsführerschaft in dieser Frage der deutschen Politik erneut bestätigt. Mit dem vorgelegten Programm sagt die CDU, was sie in Deutschland erreichen und wie sie es erreichen will. Dieses Programm ist die Meßlatte für jedes deutschlandpolitische Konzept.

An diesen zehn Punkten, an unserer Deutschland-Erklärung kommt niemand mehr vorbei. Der Bundeskanzler hat damit eine konkrete Perspektive für einen Weg zur deutschen Einheit aufgezeigt und zur Diskussion gestellt. Er hat das Ziel der Wiedervereinigung mit dem politischen Aufbruch in der DDR und den europäischen und atlantischen Erfordernissen verbunden und damit sichergestellt, daß den Interessen aller Beteiligten an einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung Rechnung getragen wird.

Mit diesem Konzept werden wir unsere erfolgreiche Politik für Deutschland konsequent fortsetzen. Deshalb unterstützt die Christlich Demokratische Union Deutschlands nachdrücklich das Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit,

das der Bundeskanzler am 28. November im Deutschen Bundestag vorgestellt hat.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal an folgendes erinnern: Die CDU stellt sich hinter den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 8. November dieses Jahres, in dem der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 bekräftigt wird und in dem für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich erklärt wird, daß das Recht des polnischen Volkes, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Wer dennoch — wie die SPD aus innenpolitischen Gründen — ständig die Grenzfrage aufwirft, der sät bewußt

Generalsekretär Volker Rühle zu der als Initiativantrag vorliegenden Deutschland-Erklärung. „Leitlinien zur Deutschlandpolitik“

Zweifel an der Glaubwürdigkeit und der Berechenbarkeit unserer Position.

Für die nächsten Monate kommt es darauf an, daß wir eine Politik betreiben, die die Hilfsfähigkeit absichert. Nur der wirtschaftlich Erfolgreiche und politisch Stabile kann nämlich helfen. Das gilt für die Sozialpolitik im eigenen Lande, das gilt für die Hilfe für die Polen und Ungarn, und das gilt natürlich insbesondere auch

für die Hilfe für die Landsleute in der DDR. Und deswegen müssen wir sagen: Eine Partei, die in ihrem Grundsatzprogramm „Fortschritt 90“ darüber diskutiert, wie man mehr planen und weniger Markt verwirklichen kann, würde die Bundesrepublik Deutschland hilfsunfähig machen. Wir könnten dann niemandem mehr helfen, auch nicht der DDR. Und deswegen ist es entscheidend, daß wir wirtschaftlich auf dem richtigen Wege bleiben.

Wir müssen wirtschaftlich auf dem richtigen Weg bleiben

Die Sozialdemokraten diskutieren in den eigenen Reihen darüber, die staatliche Verfügung über Produktionsmittel zu verstärken — und es steht immer noch im Grundsatzprogramm der SPD, daß das Grundübel unserer Gesellschaft die private Verfügung über Produktionsmittel ist —, demgegenüber können sie in allen Gesprächen mit Wirtschaftsreformern in Ost- und Mitteleuropa hören: das eigentliche Problem sei, daß es bei ihnen zu wenig private Verfügung gibt. Ich meine, wir müssen warnen vor den Gefahren der rot-grünen Wirtschaftspolitik, damit die Bundesrepublik Deutschland nicht zum Problem wird.

Im Augenblick sind wir — Gott sei Dank — ein Problemlöser, von dem vieles erwartet wird. Wir müssen mit unserer Politik dafür sorgen, daß das so bleibt: daß wir Probleme lösen können und nicht zum Problem werden, wie das durch eine rot-grüne Politik geschehen würde.

Wir haben aus den Diskussionsbeiträgen der Gäste aus der DDR gespürt: in der DDR formieren sich die politischen Kräfte neu. Eine solche neue Reformgruppierung ist der Demokratische Aufbruch. Die CDU der DDR hat den Weg

der Erneuerung eingeschlagen. Als erste der früheren Blockparteien ist sie aus dem sozialistischen Einheitsblock ausgeschieden. Wir hoffen, daß die Reformkräfte in der CDU der DDR auf ihrem Parteitag am 15. Dezember endgültig den Durchbruch schaffen.

Es ist für die Zukunft Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung, daß bei der Wahl am 6. Mai nächsten Jahres diejenigen politischen Gruppierungen, die eindeutig für einen freiheitlich, demokratischen Rechtsstaat, für die deutsche Einheit und für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, die Mehrheit erhalten. Wir sind bereit, solche Parteien auf allen Ebenen politisch, organisatorisch und technisch zu unterstützen.

Die SPD wird sich nicht davonschleichen noch vertuschen können, daß sie den Freiheitswillen der Menschen unterschätzt und die Geschichte falsch eingeschätzt hat. Was die Sozialdemokraten mit der SED gemacht haben, das war Wandel durch Anbiederung. Die Sozialdemokraten haben der SED von außen ein Maß an Anerkennung gegeben, das sie bis zur Stunde von den Landsleuten in der DDR nicht bekommen hat. Ein schwerer Fehler der Politik der Sozialdemokraten!

Wandel durch Anbiederung

Sozialdemokraten haben die Geschichte falsch eingeschätzt. Sie haben sich viel zu eng ausschließlich mit den kommunistischen Staatsparteien verbunden. Und es ist hier schon von manchem darauf hingewiesen worden, die Hauptgesprächspartner der SPD in den vergangenen Jahren befinden sich entweder im Gefängnis, in Untersuchungshaft, oder es wird gegen sie ermittelt.



Helmut Kohl und Volker Rühe im Gespräch: Noch nie hat ein Bundesausschuß der CDU so intensiv und so nahe am Ort des Geschehens Deutschlandpolitik gemacht wie dieser „Kleine Parteitag“ am 11. Dezember.

Ich meine, manch führende Sozialdemokraten in der Bundesrepublik haben einen so engen Kontakt zu den führenden Persönlichkeiten der SED geführt, daß sie sich fast als Zeugen anbieten könnten, um gehört zu werden. Denn sie sind Experten gewesen im Umgang mit den SED-Größen. Auch das darf nicht vergessen werden.

Es wird sich jetzt zeigen, ob die SPD erneut vor der Geschichte versagt oder ob sie ihrer Verantwortung endlich gerecht wird. Wir werden das nicht zuletzt daran messen können, ob sie ihre anfängliche Zustimmung zum Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers beibehält oder aus parteitaktischen Gründen zerredet. Deshalb fordere ich die Sozialdemokraten auf, nicht wieder vor der deutschen Geschichte zu versagen, sondern sich mit der großen Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik und in der

DDR hinter den Bundeskanzler, hinter seine Zehn-Punkte-Initiative für Deutschland zu stellen.

Wozu es führt, wenn Freiheit unterdrückt wird, erleben wir in diesen Tagen in der DDR, wo ein Sumpf aus Unwahrhaftigkeit und Lüge aufgedeckt wird. Romano Guardini hat einmal geschrieben: „Wahrheit gibt es nur in dem Raum, den die Freiheit schafft.“ Eine Unterdrückung der Freiheit ist immer auch eine Unterdrückung der Wahrheit, und deshalb führt die Unterdrückung der Freiheit immer auch in eine moralische Krise.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich möchte Sie alle bitten, unsere Politik für die Freiheit und Einheit Deutschlands, so wie sie sich in der Deutschland-Erklärung niedergeschlagen hat, zu unterstützen. ■

Martin Kirchner:

Der Sozialismus ist endgültig als Gesellschaftskonzeption gescheitert

Die CDU in der DDR hat ein Schuldbekennnis abzulegen vor jedermann, vor der Gesellschaft, den Menschen in der DDR, aber auch vor einer Partei, die den gleichen Namen trägt, die aus der gemeinsamen Wurzel kommt, und ich denke, es gilt auch an dieser Stelle in der Politik, daß erst der Reue und der Buße die Vergebung folgen kann. Die CDU in der DDR hat große Schuld auf sich geladen in den vergangenen Jahrzehnten; sie ist einer Partei des Stalinismus gefolgt. Sie hat selbst in stalinistischen Strukturen gelebt und gearbeitet.

Aber sie muß jetzt auch die Kraft finden, dies zu überwinden, und sie ist auf dem besten Wege dazu. Sie tut es nicht von oben her, von einer Leitung, die doch die alte Leitung ist, sondern sie tut es von ihrer Basis her. Und Sie können versichert sein, daß auch tausende Mitglieder der CDU in der DDR jetzt, da die Stunde der Entscheidung da ist, das tun, was sie in ihrem Herzen stets bei sich getragen haben: Ein Traum wird jetzt wahr, auch in dieser Partei.

Lassen Sie mich aber auch sagen: Wir alle in der DDR sind Täter und Opfer zugleich. Ich sehe nicht, daß der eine die weiße Weste hat und der andere allein die Schuld trägt. Wir alle haben uns eingerichtet in diesem System, und der Grad der Schuld zwischen Täter und Opfer unterscheidet uns. Es ist eine Gnade Gottes, wenn der eine oder andere von uns sagen kann: Ich bin weniger schuldig

geworden und bin mehr Opfer als der andere.

Lassen Sie uns das in dieser Situation des Umbruchs nicht vergessen. Es darf nicht dazu kommen, daß wir aufgrund von Rache in Chaos und Anarchie versinken. Dies kann nur dazu führen, daß der Prozeß, der in der DDR in Gang ist, abgebrochen und umgekehrt wird.

Die CDU in der DDR kommt vom christlichen Menschenbild her und muß jetzt zurückkehren zu ihren Wurzeln, die wir gemeinsam mit Ihnen im Jahre 1945 geteilt haben. Die CDU in der DDR wird

**Martin Kirchner,
Mitglied der CDU
der DDR aus Eisenach**

jetzt einen Selbstreinigungsprozeß durchmachen müssen. Ich hoffe und denke, daß er personell und programmatisch am kommenden Wochenende in Berlin beim Sonderparteitag konsequent begangen wird. Daran wird die Glaubwürdigkeit einer Erneuerung der CDU zu messen sein.

Wir leben aber auch in einer Übergangssituation, und wir alle wissen: Man muß in solchen Übergangssituationen mit den vorhandenen Strukturen leben, sonst versinken wir in Chaos und Anarchie. Das Motto dieser Zeit kann nur lauten: Wandel in Stabilität. Wandel muß stattfinden, aber er wird nur stattfinden, wenn Stabili-

tät bleibt. Deswegen hat die CDU sich entschieden, in der jetzigen — ich sage das ganz deutlich: Übergangsregierung mitzuwirken.

Es ist keine Koalitionsregierung, auch wenn sie dies beansprucht, es ist eine Regierung alten Stils auf der Grundlage einer Blockabsprache, auch wenn die CDU in der DDR inzwischen diesen Block verlassen hat. Aber wir stehen hier vor der Frage, unsere Verantwortung um der Menschen willen wahrzunehmen, damit wir in die neue Zeit — zu freien Wahlen — in der nötigen Stabilität gelangen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen zu dem, was Herr Dr. Czok hier schon vorgetragen hat: Sozialismus — nicht nur in der Form des Stalinismus — ist als Gesellschaftskonzeption gescheitert; jawohl, das ist so.

Die CDU in der DDR, ich wiederhole dies noch einmal in Kurzform, wird in den Wahlkampf gehen unter den drei Stichworten „Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit“, „Marktwirtschaft mit sozialer Bindung in ökologischer Verantwortung“ und „die Einheit der deutschen Nation“ — übergangsweise dargestellt nach innen und außen im Modell einer deutschen Konföderation, in einem freien und geeinten Europa auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker; das heißt konkret: Wirtschafts-, Währungs- und Energieverbund der beiden deutschen Staaten sobald als möglich.

Ich merke dazu allerdings auch an, daß hoffentlich die Alliierten das, was sie jahrzehntelang selbst unterstrichen haben, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, jetzt auch ernst nehmen.

Ich möchte abschließend hier sagen, weil dies aus ganzem Herzen kommt: Ich danke meinen Freunden in Hessen — Walter Wallmann, Franz-Josef Jung, Hartmut Nassauer — für das, was an Kontakten zwischen der CDU Hessen und der CDU Thüringen zu einer Zeit entstand, als noch kein anderer dies wagte. Die Zeichen der Zeit sind in Hessen sehr frühzeitig erkannt worden, und dies, so glaube ich, trägt Früchte und wird auch noch in Zukunft Früchte tragen.

Deutsche Einheit im Verbund eines vereinigten Europas

Ich will hier den Gedanken aussprechen, den ich als Antrag auf dem Parteitag der DDR-CDU am kommenden Wochenende auf den Tisch zu legen beabsichtige. Ich glaube, es wäre gut — immer vorausgesetzt, daß im Ergebnis dieses Parteitages eine völlig neue gereinigte CDU in der DDR existiert —, sobald wie möglich einen paritätischen Nationalausschuß der beiden Schwesterparteien als Vorwegnahme der deutschen konföderierten Strukturen zu bilden, um zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung der beiden Schwesterparteien — natürlich unter Einschluß der CSU — möglichst dicht und rasch beieinander zu sein.

Und ich gehe auch davon aus, daß die CDU in der DDR nach ihrem Parteitag eine Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei anstrebt. Dadurch soll deutlich gemacht werden, daß deutsche Einheit nur im Verbund eines vereinigten Europa stattfinden kann und stattfinden wird.

Ja, ich denke, wir sind ein Volk — Gott schütze unser deutsches Vaterland! ■

Wolfgang Schnur:

Es darf nie wieder politische Gefangene in Deutschland geben

Ich bin Ihnen dankbar, daß ich von dieser Tribüne als ein Demokrat sprechen und deutlich machen kann, daß tatsächlich eine neue Wende nicht erst seit dem 9. November 1989 erreicht worden ist, sondern daß es Tausende von Menschen in unserem Land gegeben hat, die in den 40 Jahren der Existenz der DDR mit einem hohen Anspruch zur Durchsetzung von Freiheit, Demokratie und Verwirklichung der Menschenrechte angetreten sind und deshalb unter diesem stalinistischem Regime politisch verfolgt worden sind. Diese Menschen haben das politische Gewissen einer Generation bis heute geschärft und haben deutlich gemacht, daß sich nur eine Entwicklung im Rahmen freiheitlicher Maßstäbe realisieren und durchsetzen läßt. Deswegen ist es möglich, daß wir hier von dieser Tribüne sprechen können.

Es geht jetzt nicht um Abrechnung, Rache oder Vergeltung. Aber es gehört zu den Prinzipien politischer Überzeugung und politischen Handelns, daß wir diesen Menschen angesichts dessen, was sie an persönlicher politischer Unterdrückung erlitten haben, deutlich signalisieren müssen, daß sich nicht eine Diktatur der menschlichen Unwürde wiederholt, sondern daß die Freiheit und der Maßstab der Würde des Menschen in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat das oberste Gebot werden und bleiben. Dafür wird der Demokratische Aufbruch wirken.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben deutlich angesprochen,

daß die politischen Gefangenen entlassen werden müssen. Ich sage noch deutlicher: Es darf nie wieder vorkommen, daß es politische Gefangene in der DDR und in Deutschland gibt.

Das bedeutet ganz klar und eindeutig, daß wir als eine neue künftige Partei eine klare Orientierung nach freiheitlich demokratischen, rechtsstaatlichen Maß-

Wolfgang Schnur, Anwalt aus Rostock, Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs. Diese Vereinigung begann ihre Arbeit im Juni dieses Jahres und ist heute eine der wichtigsten Oppositionsgruppen in der DDR.

stäben setzen werden, daß tatsächlich das Parlament dann zu dem Höchsten Haus wird, in dem die gewählten Vertreter des Volkes zu entscheiden haben. Und ich denke, es sind ja nicht nur die Zehn Punkte, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sondern es werden ja noch viele dazu kommen, denn auch wir werden noch mehr dazu beitragen. Wir sind Demokraten, die mit Ihnen gemeinsam diesen Weg einer Gestaltung in Europa und für die beiden deutschen Staaten gehen wollen, damit unser Volk tatsächlich von dieser Garantie des Friedens ausgehen kann, daß wir ein Volk sind.

Wir, und das heißt ganz klar, Demokrati-

scher Aufbruch — sozial, ökologisch —, werden uns an einer Politik mit dem Maßstab beteiligen, bei dem die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Bürger unseres Landes die hohe Priorität hat: damit dies nicht nur ein Einschnitt oder nur ein Zugeständnis ist, sondern daß dies eine Verfassungswirklichkeit wird, damit das Selbstentscheidungsrecht des freien, mündigen, politischen Bürgers sich durchsetzt.

Nehmen Sie es mir ab, wenn ab 1. Januar 1990 Millionen von Menschen aus der Bundesrepublik kommen, so kann ich sie nur herzlich willkommen heißen, weil dies auch eine Sehnsucht von Millionen Menschen in unserem Land ist, so wie wir jetzt ungehindert zu Ihnen kommen können. Hier sind Vision, Traum und die Wirklichkeit zu einem geworden, und deshalb, denke ich, sollten wir gemeinsam dazu beitragen, nicht Ängste zu erzeugen, sondern diese Freiheit zu nutzen, daß wir tatsächlich in dieser Mündigkeit auch die damit verbundenen Probleme in den beiden deutschen Staaten lösen.

Wir haben hier gerade einen Zehn-Punkte-Plan unserer CDU aus der DDR gehört. Ich glaube, hier ist erkennbar geworden, wie sich plötzlich neue politische Arten und Weisen des Denkens sichtbar machen. Ich will dies hier auch klar bekennen. Ich denke, wir werden in unserem Land nicht daran vorbeikommen, eine eigene geschichtliche Vergangenheitsbewältigung vorzunehmen, weil es mit dazu gehört, daß wir nicht die Augen vor der Frage verschließen: Wo ist das politische Gewissen derer geblieben, die tatsächlich hätten aufstehen müssen aus Verantwortung für das Leben und die Würde von Menschen? Das ist hier ganz deutlich zu sagen.

Diesem Anspruch werden wir uns als eine neue demokratische Partei

in der DDR stellen, und wir werden diese politische Verantwortung übernehmen. Wir werden mit allen, denen daran liegt, daß von diesem Boden in Deutschland kein Krieg ausgeht, letztlich ein gemeinsames Werk aufrichten und bauen müssen.

Daß dies im Rahmen eines Prozesses der Einigung der beiden deutschen Staaten gesehen wird; daß Ängste nicht nach Osten und Westen gehen, sondern daß es zur Selbstverständlichkeit gehört, daß man in Moskau genauso ungehindert sich bewegen kann, wie wir es jetzt ab 1. Januar in diesen beiden deutschen Staaten tun können — ich glaube, wir sollten hier unsere deutliche Verantwortung sehen, auch gegenüber dem polnischen Nachbarn. Ich will dies auch gerade als eine neue Partei so deutlich an die Richtung unserer polnischen Freunde sagen. Sie sollen verlässlich wissen, daß sie nicht bedroht werden durch eine aktive Politik, die wir zur Demokratisierung eines neuen deutschen Volkes betreiben werden.

Ich will an diesem Schlußpunkt Ihnen einfach versichern — und dies ist mir besonders wichtig: Ich bin dankbar, daß wir auch Ihnen sagen können, daß Sie in einer angespannten Zeit des politischen Drucks Menschen aus unserem Land aufgenommen haben, denen Sie nicht die Tür gewiesen haben — weil sie uns verlassen mußten, weil sie in unserem Land keine Heimat gesehen haben.

Ich würde es mir wünschen, wenn morgen und übermorgen es anders wird, daß sie sagen: Jawohl, dort sind Demokraten, dort ist meine neue Heimat, da will ich hinziehen; daß es zur Selbstverständlichkeit gehört, von Stuttgart oder Hannover nach Dresden, Leipzig oder Rostock zu ziehen. ■

Dietmar Czok:

Die sozialistische Planwirtschaft hat überall und endgültig versagt

Kurz vor unserem Sonderparteitag am 15. und am 16. Dezember diesen Jahres in Berlin, der für die personelle und inhaltliche Erneuerung der CDU in der DDR grundlegende Entscheidungen treffen wird, bin ich sehr dankbar für die Gelegenheit, heute hier vor Ihnen zu einigen inhaltlichen Positionen dieser Erneuerung der CDU sprechen zu können, und zwar zu den Fragen, die sich vor allen Dingen mit der Wirtschaftsreform in der DDR beschäftigen.

Ich möchte hier einige Gedanken vortragen, die sich auf Wirtschaftskreise in der CDU stützen können. Dabei kann ich davon ausgehen, daß die meisten meiner Freunde aus der Wirtschaft in der DDR, ebenso wie ich selbst, für weitere Experimente unter der Überschrift „Sozialismus“ nicht mehr zur Verfügung stehen.

Für uns hat der Sozialismus, hat die sozialistische Planwirtschaft endgültig versagt — und zwar in der ganzen Welt. Die Erscheinungen in der DDR sind die gleichen wie in anderen sozialistischen Ländern. Die Krise ist folglich systembedingt und nur durch die Schaffung eines anderen Systems zu überwinden.

Wir widersprechen auch den vor allen intellektuellen Kreisen in der DDR, die uns unter der Zielstellung einer sogenannten gerechten Verteilung in eine neue sozialistische Utopie führen wollen, und wir haben kein Verständnis dafür,

daß es in der Bundesrepublik Politiker gibt, die zu solchen Experimenten auch noch ermuntern. Ich glaube, ich spreche für viele Verantwortliche in der DDR-Wirtschaft, wenn ich hier sage: Wir haben solche Theorien, wir haben solche Experimente und solche Utopien gründlich satt; denn sie sind doch daran schuld, daß für viele von uns ein ganzes Arbeitsleben in Trümmern zu unseren

**Dr. Dietmar Czok, Sekretär
beim Hauptvorstand der
CDU der DDR**

Füßen liegt, und wenn wir eine Lektion in der Vergangenheit gelernt haben, dann ist es wohl die, daß vor dem Verteilen immer das Produzieren steht. Und das geschieht in den marktwirtschaftlichen Systemen Westeuropas schon seit Jahrzehnten in Größenordnungen besser, als es in irgendeinem planwirtschaftlichen System je möglich war.

Es ist deshalb unsere feste Überzeugung, daß die DDR zu einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell finden muß. Alle Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik — viele meiner Freunde und auch ich sehen in dieser Sozialen Marktwirtschaft den dritten Weg, den mancher in der DDR noch sucht — sollten ebenso genutzt werden wie die Erfordernisse der ökologischen Sicherheit, die uns gemeinsam so sehr am Herzen liegen müssen.

Und wenn die Bürger der DDR heute eine Vision benötigen, dann ist es nach unserer Überzeugung vor allem jene, daß ihre eigenen Bemühungen, zu denen sie bereit sind, durch die Hilfe des Westens so gestützt werden können, daß es in absehbarer Zeit Hoffnungen für tatsächliche Veränderungen in unserem Lande geben kann. Diese Hoffnung muß es wieder geben, damit Vertrauen wachsen kann, damit wieder Zuversicht entstehen kann und damit die Menschen in der DDR bleiben. Sonst gibt es am 6. Mai 1990 in der DDR vielleicht gar nichts mehr zu wählen.

Lassen Sie mich unsere wirtschaftspolitischen Überzeugungen in zehn Punkten zusammenfassen:

- **Erstens** sehen wir im Mittelpunkt aller Veränderungen eine freie Marktwirtschaft, deren Triebkräfte sozial und ökologisch verträglich zu gestalten sind und deren Grundproportionen durch staatliche Maßnahmen natürlich beeinflußt werden müssen.
- **Zweitens** sehen wir solche Wirtschaftseinheiten in unserem Land wie staatliche Großbetriebe, kommunale Betriebe, aber eben auch private Betriebe, und zwar in allen Größenordnungen; und wir sehen diese Betriebe auf einem Markt unter Wettbewerbsbedingungen antreten.
- **Drittens** sollte sich für uns die staatliche Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung beschränken, auf die Gesetzgebung zu Fragen der Wirtschaft, also Steuern, Gewerberecht, Sozialgesetzgebung, Umweltgesetze; jegliche administrative Einflußnahme muß ausbleiben.
- **Viertens** meinen wir, sind diese Wirtschaftseinheiten nach dem Prinzip der Einzelleitungen zu führen, große Einheiten von Aufsichtsräten zu kontrollieren, die durch die Betriebsleitungen, die Vertreter der Bank auf der einen und die

Gewerkschaft auf der anderen Seite paritätisch zu besetzen sind.

- **Fünftens** setzen wir uns ein für das Prinzip der Tarifautonomie. Tarifverträge sollen durch Arbeitgeber und Gewerkschaften autonom ausgehandelt werden. Das Streikrecht ist zu gewähren. Die Arbeitgeber sollen wegen der Gleichgewichtigkeit der Mittel das Recht auf Aussperrung erhalten. Eine Arbeitslosenpflichtversicherung ist einzuführen.
- **Sechstens** ist für uns ganz wesentlich die Neugestaltung des Preissystems in unserem Lande. Die Preisbildung sollte schrittweise durch die Wirtschaftseinheiten selbst erfolgen, und zwar in dem Maße, wie Marktbedingungen geschaffen werden können. Für eine Übergangsphase ist nach unserer Meinung ein am Weltmarkt orientiertes Preisbildungsprinzip durchzusetzen, das echte Wertrelationen zum Weltmarkt schafft und das die Konvertierbarkeit unserer Währung vorzubereiten hilft.
- **Siebtens** ist der Geldüberhang auf den privaten Konten in unserem Lande durch mögliche Kapitalanlagen zu beseitigen. Das kann nach unserer Auffassung geschehen durch den Kauf von Aktien und damit den Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, durch den Erwerb von Wohnhäusern oder Eigentumswohnungen, durch den Erwerb von Grund und Boden und anderes. Geld muß zu Kapital werden und nicht auf privaten Konten liegen.
- **Achtens** meinen wir, ist die Subventionspolitik in unserem Lande grundsätzlich zu verändern. Zu subventionieren sind nicht mehr Objekte, sondern Subjekte; das heißt, es geht nicht darum, die Mietpreise künstlich niedrig zu halten, sondern dort, wo man soziale Maßnahmen durchführen muß, muß man Wohngeld vergeben. Es geht nicht um die

künstliche Niedrighaltung der Preise der Kinderkleidung, sondern um mehr Kindergeld für die Eltern. Und es geht nicht um künstlich niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, sondern eben um mehr Lohn und Gehalt für alle Beschäftigten.

● **Neuntens** meinen wir, ist eine wirksame Strukturpolitik durchzuführen, die einen Teil der großen Kombinate der DDR zum Entflechten führt, vor allen Dingen der Konsumgüterindustrie. In der Zuliefererindustrie ist zu entflechten, damit dieses Land wieder eine leistungsstarke Klein- und Mittelindustrie erhält als Rückgrat jedes Wirtschaftssystems. Und genau in diesem Bereich ist vor allen Dingen das private Neue zu bilden, müssen also Privatbetriebe entstehen.

● **Zehntens** geht es uns darum, das Außenhandelsmonopol des Staates schrittweise aufzulösen, die Außenhandelsverantwortung bei den Wirtschaftseinheiten anzusiedeln. Wir meinen, gerade auf diesem Gebiet — Dr. Kohl hat vorhin darüber gesprochen — sind vor allen Dingen die rechtlichen Voraussetzungen in der DDR zu schaffen, damit Kapital bei uns investiert werden kann, damit die internationale Arbeitsteilung wirksam werden kann; denn allein wird die DDR die schwerwiegenden Probleme, die vor ihr stehen, nicht lösen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die grundsätzlichen Gedanken, die wir dazu haben. Etwas ausführlicher steht das in einem Material, das ich Herrn Rühle heute übergeben habe. Dort sind auch zwölf Vorschläge für Sofortmaßnahmen enthalten, die zur Sicherung der Existenz der DDR aus unserer Sicht erforderlich sind. Und diese Existenzsicherung der DDR — natürlich nach durchgeführten freien Wahlen —, also ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat sollte in unserem gemeinsamen

Interesse liegen. Das ist keine Position gegen einen einheitlichen deutschen Nationalstaat, sondern lediglich eine Zwischenetappe dahin.

Meine Freunde und ich wir bekennen uns nicht nur zur Einheit der deutschen Nation, sondern wir sehen im Ergebnis einer europäischen Friedensordnung auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den heutigen Grenzen. Wir sind der festen Überzeugung, daß das, was in den Herzen der Menschen brennt, was 40 Jahre nicht haben auslöschen können, daß das eines Tages auch wirklich sein wird; und unsere Nachbarn sollten verstehen, daß natürlich vor allem wir es sind, die darauf hinarbeiten.

Politisches Kalkül zeigt uns aber auch die unterschiedlichen Bündnisse, denen beide Staaten angehören, und zeigt uns manchen Vorbehalt bei unseren Nachbarn. Das im Augenblick politisch erreichbare Ziel scheint uns deshalb eine Föderation beider deutscher Staaten. Viel Gemeinsames könnte so über konföderative Maßnahmen geschaffen werden, und die Einheit ließe sich bis hin zu solchen Maßnahmen wie Zollunion, Währungsunion und Wirtschaftsunion gut vorbereiten. Ja, ich bin sogar davon überzeugt, daß diese enge Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten den europäischen Integrationsprozeß beschleunigen und voranbringen könnte, und auch deshalb sollten wir diesen Weg gehen.

Mein ältester Enkelsohn, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist jetzt zwei Jahre alt — er wird wohl noch in der DDR zur Schule kommen. Ich wünsche ihm aber von Herzen, daß nicht allzu viele seiner Schuljahre vergehen werden, bevor er in Deutschland zur Schule geht.

Brigitta Kögler:

Einheitliche Verfassung durch einen gemeinsamen Volksentscheid

Ich denke, daß wir hier als Gäste bei Ihnen sein dürfen, ist ein Zeichen dafür, daß wir ins Gespräch gekommen sind und daß die Schranken, die es bisher gegeben hat, gefallen sind. Das bedeutet auch, daß wir über die Deutschlandfrage neu nachdenken, gemeinsam darüber nachdenken, und das haben wir auch bereits im Demokratischen Aufbruch getan.

Es ist also an der Zeit, um nicht zu sagen, es ist überfällig, über das Verhältnis und die Zukunft der beiden deutschen Staaten zu sprechen. Ich denke, wir müssen das mit klarem Verstand, mit kühlem Kopf, nicht ohne Gefühl für das Volk hier bei Ihnen und bei uns tun.

Schritte der Einigung vollziehen sich bereits seit jenem geschichtsträchtigen 9. November 1989. Die Lösung der deutschen Frage kann nur auf der Grundlage eines europäischen Demokratisierungsprozesses gelingen. Das heißt: europäisch, gerecht, sozial, demokratisch, aber nicht nationalsozialistisch. Ein wiedervereintes Deutschland bringt Ängste. Wir merken das bereits an dem Begriff: Einigung — Wiedervereinigung.

Es gibt Ängste bei unseren Nachbarn, und es gibt bei uns in der DDR Ängste über ein wiedervereintes oder geeintes Deutschland. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen, darauf müssen wir eingehen, und wir werden es bei uns besonders schwierig haben in den nächsten Wochen und Monaten. Die deutsche Frage muß europäisiert werden; das heißt bei uns im

Lande: sie muß auch in einem gewissen Sinne neutralisiert werden.

Zum ersten Mal hat die EG auf der Gipfelkonferenz die freie Selbstbestimmung der Deutschen auf Einheit anerkannt. Von England, Polen, der Sowjetunion und von uns in der DDR wird nach der Gültigkeit der Oder-Neiße-Grenze gefragt; diese sehen wir sicher als unantastbar an. Eine friedensvertragliche Regelung, wie sie nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952 vorgesehen ist, steht an. Ich meine, steht sehr

Brigitta Kögler, Rechtsanwältin aus Jena und stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs

aktuell an: als Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage, als Voraussetzung für eine friedliche Lösung in Deutschland.

1959, und daran müssen wir uns erinnern, sind diese Verhandlungen aufgegeben worden. Es ist also überfällig, darüber nachzudenken, wenn die Frage der Wiedervereinigung anstehen soll. Gorbatschow hat vor wenigen Wochen erklärt, als er nach der Wiedervereinigung Deutschlands gefragt wurde: Die Geschichte muß entscheiden. Nein, die Geschichte hat uns bereits eingeholt. Eine Lösung der deutschen Frage bedeutet konsequente Abrüstungsschritte in

beiden deutschen Staaten. Eine Relativierung der bestehenden Militärblöcke, eine konsequente Veränderung des bestehenden Ost-West-Feindbildes. Die Gefahr für unser aller Leben in Europa, in der DDR, in der Bundesrepublik, ja eigentlich in der ganzen Welt, besteht vielmehr — so wird es zumindest gesehen — in dem Nord-Süd-Gefälle.

Darauf haben wir eigentlich den Blick bis jetzt noch nicht gerichtet. Die Dritte Welt mit ihren Gefahren, die Umweltgefahren in Europa, die wir aus dem Auge verloren haben, das wir stattdessen auf die Gefahr zwischen Ost und West gerichtet haben. Ein Feindbild, das abgebaut werden muß. Die Ängste der Vereinnahmung dürfen in kein Verhältnis gebracht werden zu den Gemeinsamkeiten, die alle Staaten in Europa verbinden sollten.

Die Ängste der Vereinnahmung, die bei uns in der DDR vorhanden sind, sind durch klare Zielstellungen gewiß zu beseitigen; und diese Zielstellungen sind doch vorhanden, wenn ich daran denke, daß von einer Vertragsgemeinschaft, von konföderativen Strukturen gesprochen wird, von innerdeutscher Beziehung im gesamteuropäischen Prozeß, von einer europäischen Gemeinschaft, von einem freien und geeinten Deutschland in einem freien und geeinten Europa.

Das Zehn-Punkte-Programm findet daher unsere Zustimmung. Ich

meine aber, daß die Konföderation nicht das Endziel sein kann, sondern daß man darüber nachdenken muß, daß eine gesamtdeutsche Föderation eines Bundesstaates, der sich so versteht, außer den bestehenden Bundesländern künftig auch die Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen umfassen sollte.

Zur Klärung des Begriffes Wiedervereinigung: Beide deutsche Staaten sind eigentlich nie vereint gewesen. Daher ist der Begriff Wiedervereinigung rein sachlich nicht exakt. Zutreffend ist aber, daß das Volk bereits eine Vereinigung, eine Wiedervereinigung herbeigeführt hat. Wenn wir die Grenzen anschauen, wenn wir das Hinüber und Herüber, das auch ab 1. Januar ansteht, betrachten, dann ist das gewiß so etwas wie eine Wiedervereinigung des Volkes, aber eben keine Wiedervereinigung der Staaten, der beiden deutschen Staaten.

Eine Wiedervereinigung ist nur dann zu vollziehen, wenn es eines Tages eine einheitliche Verfassung in unseren Ländern gäbe. Eine einheitliche Verfassung ist nur durch einen gemeinsamen Volksentscheid möglich, und dieser steht an. Und bis dahin ist Schritt für Schritt die Annäherung für unser deutsches Volk notwendig. ■

Die politischen Funktionen, mit denen die Gastredner aus der DDR in dieser Broschüre vorgestellt werden, beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vortrags auf der Bundesausschußsitzung in Berlin.

Winfried Wolk:

Ein geeintes Deutschland wäre eine Brücke zwischen den Kulturen

Gestern war der zweite Advent. Weihnachten steht vor der Tür — Fest der Liebe und des Friedens. Ein sehr guter Zeitpunkt, in dieser Weise zusammenzukommen und uns dazu einzuladen. Die Zeit ist so rasant, daß überhaupt kein Augenblick des kühlen Nachdenkens bleibt, schon ist man überholt. Für mich als Maler ist es etwas bedrückend, weil im Moment die Bilder nur so auf der Erde liegen, die liegen auf der Straße. Und ich habe durch diese vielen Termine überhaupt keine Möglichkeit, da tätig zu werden.

Noch aber geht ein Riß durch Europa, der den Weltfrieden über Jahrzehnte in Frage gestellt hat, der durch Deutschland ging, durch diese Stadt, durch Familien, durch die Hirne der Menschen. Dieser Riß hat uns zu feindlichen Brüdern gemacht. Jetzt ist das Ende des Sozialismus angezeigt. Die Völker Osteuropas sind im Aufbruch, in Ungarn, in Polen, in der ČSSR und auch wir in der DDR.

Und wenn wir an die letzten Tage und Wochen denken, dann dürfen wir nicht vergessen, daß das, was in der DDR geschehen ist, auch deshalb möglich war, weil es einen Prager Frühling gab, weil unsere polnischen Nachbarn Anfang 1980 mit ihrer Solidaritätsbewegung den Mut hatten, gegen stalinistische Strukturen aufzustehen, weil die Ungarn den Menschen in der DDR ihre Grenzen öffneten. Und alles das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht Michail Gorbatschow die brechnewschen, stalinschen Strukturen außer Kraft gesetzt hätte. Alles, was wir jetzt hier finden, ist ohne

Gorbatschow nicht denkbar. Ich appelliere an Sie und an die westliche Welt: Schauen Sie auf diesen Mann! Denn wenn er scheitert und ein Marschall der Sowjetunion die Regierungsgeschäfte dort lenkt, kann es mit den Träumen europäischer Demokratisierung vorbei sein. Das sollen wir nicht vergessen.

Der Weg, den die DDR seit dem 7. Oktober 1989 beschritten hat, ist atemberaubend. Es ist nur etwas mehr als zwei Monate her, da paradierten die Soldaten Unter den Linden vor einer politischen Führung,

Winfried Wolk aus Schwerin gehört zu den bedeutendsten Malern der DDR. Seit 1977 gehört er dem Hauptvorstand der CDU der DDR an, aus dem er auf Betreiben „von oben“ mehrfach hatte ausgeschlossen werden sollen.

und Erich Honecker beschenkte uns mit dem weisen Satz: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Nun haben wir die Ablösung der damaligen politischen Führung, sie ist kriminalisiert, sie steht im Prinzip vor Gericht. Wir haben die Öffnung der Mauer und der Grenzen, die von Honecker für fünfzig bis hundert Jahre festgeschrieben worden

waren; wir erleben eine totale Krise der SED und leider auch unseres Landes.

Der Weg dahin ist ziemlich leidvoll, wir sprechen von einer gewaltfreien Revolution, aber es steckt viel Leid dahinter, wenn Hunderttausende ihre Heimat verlassen mußten, weil es nicht mehr ihre Heimat sein konnte. Und dieser Druck, der durch die Hunderttausende, die weggingen und bei Ihnen eine neue Heimat fanden, hat den Menschen in unserem Land den Mut gegeben, ihre Anonymität aufzugeben, auf die Straße zu gehen. Sie erzwangen die Veränderungen, die das ganze Ausmaß des inneren Debakels der DDR jetzt offenlegen. Das war möglich, weil die Kirchen in der DDR über Jahre eine mutige Position vertreten haben und uns anderen die Kraft gegeben haben, eigene mutige Positionen zu finden.

Es war auch möglich — und ich sage das hier in aller Offenheit —, weil Sie den Gedanken einer deutschen Einheit nie aufgegeben haben. Indem Sie die Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkannt haben, haben Sie uns maßgeblich geholfen, mit den Verhältnissen in der DDR fertigzuwerden und unsere nationale Identität bewahren zu können. Sie haben uns das Gefühl gegeben: Auch wir gehören zur deutschen Nation. Dafür will ich Ihnen hier in aller Offenheit tiefen Dank sagen.

Jetzt, mit den offenen Grenzen — und bald können auch Sie ohne Probleme zu uns kommen —, jetzt stehen wir uns nicht mehr wie feindliche Brüder mit geballten Fäusten gegenüber. Unsere Hände sind offen füreinander. Dank auch für die unglaublich beeindruckende Herzlichkeit, mit der Sie uns alle nach dem 9. November empfangen haben.

Die Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten signalisiert, daß der RiB durch Europa und durch unser Land sich langsam schließt. Ich bin Künstler und darf mehr träumen als andere — gestatten Sie mir das hier. Ist es jetzt nicht sinnvoll, darüber nachzudenken, den Nachkriegszustand auch formal beenden zu können? Sollten nicht die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gebeten werden, gemeinsam mit unseren Nach-

Auf sichere Füße stellen

barländern zu überlegen, ob man nicht in einem Friedensvertrag die europäische Situation vertraglich und endgültig stabilisieren und damit auch die Entwicklung unseres Volkes zu einem Land auf sichere Füße stellen kann? Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, wenn Sie mit Herrn Modrow sprechen, auch solche Überlegungen zu diskutieren.

Weihnachten, Fest des Friedens: ein Zeitpunkt nachzudenken, ob denn die Sicherheits- und Militärdoktrinen überhaupt noch stimmen unter den veränderten politischen Situationen. Und ich glaube, wir werden erstmals in der Lage sein, dies alles auf ein ganz anderes Niveau zu heben — oder zu senken, ist vielleicht besser gesagt. Die Veränderungen in der DDR offenbaren eine traurige Situation. Der Zustand ist vergleichbar mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wir haben mehrere Probleme, ich will Sie Ihnen hier nennen: Die schlimmsten sind die Trümmer in den Köpfen der Menschen. Vierzig Jahre Beeinflussung mit Halbwahrheiten, mit ganzen Lügen — verbreitet in allen Medien, in allen Bildungseinrichtungen. Generationen von Kindern sind mit Feindbildern aufgezogen worden, Wertbegriffe sind verfälscht. Diese Dinge stellen einen unheimlichen

Müll in den Köpfen dar, mit dem wir uns nach wie vor auseinandersetzen müssen. Die Bundesrepublik ist in der Propaganda der DDR über diese Jahrzehnte stets nur als Klassenfeind und mit Klassenkampf-Parolen bedacht worden.

Das müssen Sie bedenken, wenn wir jetzt in der DDR über die Einheit unserer Nation sprechen. Nicht bedacht ist, und ich will das hier auch sagen, daß gerade die Bundesrepublik als Asylland Nummer eins nicht nur bewiesen hat, daß sie ein Wohlstandsland ist und damit attraktiv für Menschen, die in Not sind und aus anderen Ländern hierherkommen, sondern daß sie über eine verlässliche Gesetzlichkeit verfügt, in der sich Verfolgte sicher fühlen können, und daß sie trotz ausländerfeindlicher Kampagnen eine prinzipielle menschliche Grundsituation bereithält. Damit — auch dafür danke ich Ihnen — haben Sie einen Teil unserer gemeinsamen deutschen Schuld glaubhaft aufgearbeitet.

Wir haben viel Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten. Die staatliche Einheit Deutschlands wird kein großdeutscher Traum sein, aber das erste Mal in der Geschichte unseres Landes bietet sich an, ein Zentrum der Verständigung in Mitteleuropa zu werden. Wenn die DDR, wenn die Menschen der DDR in ein einheitliches Deutschland gehen, werden sie die Erfahrungen einer vierzigjäh-

rigen Leidensgemeinschaft mit den Völkern Osteuropas mitbringen und damit ein tiefes Verständnis für diesen Bereich.

Sie in der Bundesrepublik haben die Erfahrung einer vierzigjährigen intensiven Zusammenarbeit mit den Völkern des Westens. Damit wäre ein geeintes Deutschland keine Bedrohung, sondern eine Brücke zwischen den Kulturen in Europa, und das wäre ein unglaublich schöner Gedanke, den es zu verwirklichen gilt.

Im Moment sind die Menschen in der DDR sehr verunsichert. Ich sprach von dem Müll in den Köpfen. Alles, was fest gefügt war, ist versunken im Sumpf. Die Richtlinien, die gegeben waren, sind nicht mehr in Kraft. Die Menschen können sich nicht vorstellen, wo geht es hin; es fehlen Haltepunkte, es fehlen Konkretheiten, es fehlen Hoffnung und Glaube an Zukunft. Ich bitte Sie sehr, helfen Sie uns, den Menschen diese Sicherheit zu geben. Wir brauchen diese Stabilisierung, damit sich nicht unkalkulierte Unwägbarkeiten in der DDR vollziehen können.

Wir müssen versuchen, gemeinsam auf unsere Weise den Menschen in der DDR die Sicherheit zu geben, daß sie in diesem Lande bleiben und daß nie wieder Verhältnisse entstehen können, die eine erneute Massenflucht erzeugen, die keiner will. Ich danke Ihnen. ■

„Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Aus der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

Rainer Eppelmann:

Am Anfang eines neuen Weges

Nach so viel Verstand lege ich Ihnen mal mein Herz ein bißchen hier her. Es ist für mich nichts Selbstverständliches, daß ich hier stehen und Ihnen einen Gruß sagen kann, einen guten Tag und eine erfolgreiche Tagung wünschen kann. Es ist für mich nicht selbstverständlich, persönliche Freunde, die ich unter Ihnen habe, wie Heinz oder Thomas oder Stephan Schwarz oder Frau Süßmuth oder Herrn Blüm, nicht nur heimlich im Falle dringender Familienangelegenheiten sprechen zu können, sondern ganz offiziell. Das ist für mich noch nichts Selbstverständliches.

Und es ist für mich auch nicht selbstverständlich, daß der Demokratische Aufbruch, den es eigentlich noch gar nicht gibt — er ist ja noch im embryonalen Zustand, er soll ja erst am kommenden Wochenende geboren werden —, daß der hier sitzen kann — ohne Ausreiseverweigerung. Was heute so ganz normal scheint, das war gestern noch exotisch und vorgestern scheinbar völlig unvorstellbar. Verstandesmäßig versuche ich zum mindesten auf der Höhe der Ereignisse zu bleiben — und das ist nicht leicht; gefühlsmäßig schaffe ich das wie viele meiner Landsleute nicht. Das geht viel zu schnell. Mich würde interessieren, wie es Ihnen gefühlsmäßig geht.

Mir geht das auch mit den neuen Tönen, so sehr ich mich darüber freue, in unserem Land zu schnell. 45 Jahre Feudalsozialismus — ich sage dieses Wort bewußt so — sind gerade erst vorbei. Und das ist nicht nur eine Tat des Erich Honecker und seiner Partei gewesen; da hat es noch

andere Parteien gegeben, die da mitgetan haben. Das ist heute von einer Partei hier gesagt worden. Aber ich meine, mit einer Entschuldigung alleine ist es nicht getan.

Ich bin nicht bereit, die Tausende, die Hunderttausende zu vergessen, die geschrien hätten, als vorhin davon die Rede war, daß wir alle Täter und Opfer zugleich sind. Philosophisch mag das stimmen; aber mancher Täter hats ganz schön warm gehabt und manches Opfer verdammt kalt.

Und ich bitte Sie einfach um Geduld, wenn wir — das hat mein Vorredner, wie ich finde, gut gesagt — mit Begriffen und

**Pfarrer Rainer Eppelmann,
stellvertretender Vorsitzender
des Demokratischen
Aufbruchs**

mit Inhalten noch buchstabieren. Wir sind bis gestern eine geschlossene Gesellschaft gewesen. Das heißt, über das Thema Einheit durfte überhaupt nicht geredet werden. Wer das getan hat, der ist dafür bestraft worden, und nicht nur von den Genossen der Sozialistischen Einheitspartei. Das heißt, geben Sie uns bitte die Chance, daß wir uns finden können. Wir brauchen Zeit. Und verstehen Sie mich bitte nicht falsch, wir brauchen auch Zeit vor Ihnen. Sie sind stark, das wissen Sie. Ich bitte Sie, nehmen Sie Rücksicht — auch auf uns.

Das Wort von der Verantwortungsge-

meinschaft der Deutschen, so meine ich, ist ein gutes Wort. Lassen Sie uns gerade auch in der jetzigen Situation, am Ende dieses Jahres, am Anfang eines neuen Weges für die Deutschen in beiden deutschen Staaten und für die Menschen in Europa, dieses Wort neu buchstabieren. Die meisten von Ihnen werden verheiratet sein oder es gewesen sein. Ich behaupte einfach mal, Sie werden Ihrer Frau oder Ihrem Mann nicht nur ein einziges Mal gesagt haben ich liebe Dich und dann nie wieder — die weiß das ja nun.

Gefühle bedürfen der Bestätigung und der Gewißheit, sie müssen immer wieder ausgesprochen werden. Von daher können wir — darum hat mir die heutige Rede Ihres Bundeskanzlers ausgesprochen gut gefallen — und müssen wir es unseren Nachbarn immer wieder sagen, ja, wir können nicht oft genug sagen: Ihr braucht keine Angst vor uns zu haben. Wir können das verstehen auf dem Hintergrund der Geschichte, der Erfahrung, die Ihr mit uns gemacht habt.

Aber glaubt uns, wir wollen wie Ihr gute Europäer sein. Und wir wollen das dadurch auch zum Ausdruck bringen, daß wir über unsere Zukunft, über die wir letztlich allein bestimmen müssen, mit Euch gemeinsam reden werden, zum Beispiel im KSZE-Prozeß. Da gehört meiner Meinung nach die deutsche Zukunft und die deutsche Frage auch hin. Und wenn es uns gelingt, den Polen, hauptsächlich den Polen, die Angst zu nehmen, daß sie jetzt wieder in Vergessenheit geraten, weil

Sie Ihre Kraft jetzt voll in die DDR investieren, dann wäre auch das ein Stück Verantwortungspartnerschaft. Den Polen geht es schlechter als uns.

Zwei Gesellschaften, die aufeinander zugehen

Und ein letztes Stichwort in Sachen Verantwortungsgemeinschaft: Versuchen Sie sich in die Situation von vielen DDR-Bürgern hineinzusetzen, die, wenn Sie sie fragen, natürlich in ihrer großen Mehrheit von der Einheit reden würden.

Ich glaube, viel weniger DDR-Bürger würden von Wiedervereinigung reden, als das offensichtlich in der Bundesrepublik immer noch der Fall ist, weil das bei uns zumindest ein wenig den Klang hat: das ist etwas zurück, das mal gewesen ist, da wollen wir wieder hin. Das möchten wir eigentlich nicht, sondern das soll ein Prozeß zweier Gesellschaften sein, die aufeinander zugehen. Meine Hoffnung, meine Bitte wäre, daß nicht bloß wir uns verändern müssen, sondern Sie auch. Noch sind Sie keine ganz ideale Gesellschaft. Ich hoffe, da sind wir einer Meinung.

Ein letzter Satz. Geben Sie uns DDR-Bürgern die Chance, morgen nicht feststellen zu müssen, daß wir 45 Jahre lang umsonst gelebt haben. Das kann ungeheuer bitter sein, und das würden wir dann irgendwann alle zu spüren bekommen. Ich bitte Sie, nehmen Sie den schwächeren Partner als Partner ernst. Dankeschön. ■

Die Redebeiträge der Gäste aus der DDR sind Abschriften von Tonbandmitschnitten. Wir bringen die Reden im Wortlaut, aber mit geringfügigen Kürzungen.

Frank Rothmann:

Lösung der nationalen Frage mit dem Neuaufbau untrennbar verbunden

Die Dinge ändern sich recht schnell, und aus der katholischen Laieninitiative ist übergreifend auf die ganze DDR schon ein neuer Name erwachsen: Aktion Katholischer Christen. Die Aktion Katholischer Christen versteht sich als Laienbewegung, in der sich engagierte Christen gemeinsam zu gesellschaftlichen Fragen artikulieren wollen.

Schon längere Zeit, vor allem seit dem Katholikentreffen in Dresden und der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben sich katholische Christen in verschiedenen Gruppen gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und ökologischer Fragen angenommen. Eine breite Bewegung jedoch — und das haben wir sehr schmerzlich empfunden — existierte nicht.

Unter dem Druck der Ereignisse in der DDR wurde der Ruf nach einer landesweiten Laienbewegung laut, wie es sie in Ihrem Lande bereits gibt. Deshalb forderten wir in einem Aufruf im Oktober diesen Jahres alle bereits arbeitenden Gruppen sowie engagierte Christen auf, aktiv am Aufbau einer solchen Bewegung mitzuarbeiten. Das Echo war ermutigend, bereits bestehende Gruppen fanden zueinander, neue Gruppen nahmen ihre Arbeit auf. Eine Begegnung auf Landesebene ist für Anfang kommenden Jahres in Dresden geplant.

Ich kann deshalb hier nur einige Standpunkte und Ansichten darlegen, die aber

nach meiner Meinung repräsentativ für die gesamte Aktion und für viele katholische und andere Christen sowie auch für große Teile der Bevölkerung sind.

Als katholische Christen stellen wir in unserem Lande nur eine kleine Minderheit dar. Es kann deshalb nicht unser Ziel sein, eigene gesellschaftliche Gruppierungen oder Parteien zu gründen. Vielmehr wollen wir uns befähigen, in solchen

Dr. Frank Rothmann, von Beruf Arzt, aus Potsdam, Repräsentant der katholischen Laieninitiative, einer Vereinigung katholischer Christen in der DDR, die die katholische Stimme im gesellschaftlichen Dialog zu Gehör bringen will

Organisationen, die neu entstehen oder die bereits etabliert sind, mitzuwirken und so unseren Einfluß geltend zu machen.

Dabei fühlen wir uns vor allem dem christlichen Gedanken der Solidarität und der Einheit zwischen den verschiedenen Gruppen verpflichtet. Wir wollen mithelfen, Brücken zu bauen zwischen den verschiedenen Strömungen in unserem Land und vor allem zwischen den Ländern und hierbei besonders zwischen den beiden deutschen Staaten.

In unserem Engagement stützen wir uns auf die konkreten und radikalen Anforderungen des Evangeliums, auf die Erfahrungen einer Weltkirche und ihren in vielen Jahrhunderten gewachsenen Realitätssinn im Umgang mit politischen und sozialen Mächten. Ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken mit allen Christen ist uns dabei besonders wichtig. Die Aktion Katholischer Christen will zu einem Grundkonsens in gesellschaftlichen Fragen beitragen.

Dabei gehen wir davon aus, daß es unter Christen unterschiedliche Meinungen zu den verschiedenen Problemen gibt. Diese Meinungsvielfalt wollen wir voll respektieren. Aber gerade weil wir eine kleine Minderheit sind, müssen wir, soll unsere Stimme gehört werden, diese gemeinsam erheben.

Wir stützen uns auf die konkrete Arbeit der regionalen Gruppen in Gemeinden und Städten, auf die Zuarbeit thematisch arbeitender Gremien, um möglichst rasch ein schon lange überfälliges landesweites Netz gesellschaftlicher Aktivitäten aufbauen zu können. Außer dieser Einflußnahme nach außen wollen wir aber auch die Christen unserer Kirche zur Aktivität ermutigen — das ist dringend notwendig. Und wir wollen eine Orientierungshilfe in konkreten Fragen anbieten wie zum Beispiel jetzt bei der Diskussion der nationalen Frage oder bei der bevorstehenden Wahl im Mai nächsten Jahres. Weiter wollen wir auch als selbstverantwortliche Partner der Bischöfe und Priester diese in gesellschaftlichen Fragen beraten.

Bisher haben sich einige wesentliche thematische Schwerpunkte unserer Arbeit herauskristallisiert. Zum ersten ist es die von der Verantwor-

tung für die menschliche Gemeinschaft und für dieses Land getragene Haltung zur Gesellschaft. Dabei ist uns besonders wichtig die Sorge um die Familien, jüngere und ältere Generation, auch das rechte Verhältnis von Leistungsgesellschaft und Solidargemeinschaft, eine Wirtschaftsordnung, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, eine zukunftsorientierte Zuordnung von wirtschaftlicher Entwicklung und Bewahrung der Schöpfung.

Wir meinen, daß die Lösung der nationalen Frage untrennbar mit dem Neuaufbau unseres Landes verbunden ist. Eine weitere Verdrängung dieses Problems im Sinne der Zweistaatlichkeit könnte erneut irreversible Fehlentwicklungen für beide Länder und für ganz Europa zur Folge haben. Und — ich muß das hier noch einmal sagen — diese Frage ist für alle Bürger unseres Landes von ganz fundamentaler Bedeutung und muß prinzipiell und jetzt gelöst werden. Die Ungeduld ist außerordentlich groß.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Mitgestaltung einer neuen Verfassung. Dabei befinden wir uns in vielen Anliegen im Konsens mit anderen Bewegungen.

Ein dritter, sehr wesentlicher Punkt: die Umgestaltung des Bildungswesens. Freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in ihrer Vielfalt, Ideologiefreiheit, Ersterziehungsrecht der Eltern, Heranbildung von Menschen, die auch unter Zurückstellung eigener Konsumansprüche sich friedliebend, gewaltfrei, solidarisch und umweltbewußt verhalten, Chancengleichheit und das Recht auf christliche Bildungseinrichtungen sind dabei einige unserer Anliegen. In jedem dieser Punkte sind wir zur konkreten Mit-

arbeit auf jeder Ebene bereit. Wir erteilen dem Begriff Sozialismus eine klare Absage und suchen nach Alternativen im Sinne anderer Formen einer sozialen Gesellschaft. Zusammen mit großen Teilen der Bevölkerung verstehen wir uns als Opposition zu den meisten der derzeit am runden Tisch vorhandenen Gruppen und Parteien, für die der Begriff Sozialismus offensichtlich schon wieder unproblematisch geworden ist.

Noch ein Wort aus aktuellem Anlaß: Die Ereignisse der letzten Tage rufen uns als Christen auf, daß wir uns mit aller Kraft für die Versöhnung einsetzen. Wir sind für die Wahrheit, die Wahrheit muß an den Tag, die Wahrheit zerstört nie, Wahrheit baut immer auf. Aber wir wollen keine neuerlichen Schauprozesse, sondern Gerechtigkeit. Wir stehen ein für die menschliche

Barmherzigkeit, denn Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit ist grausam.

Wir wollen die Menschen, die schuldig geworden sind, nicht bloßstellen und entwürdigen, sondern ihnen die Chance persönlicher Umkehr geben, ja, sie geradezu dazu einladen. Wir müssen alle umkehren, haben wir doch alle mehr oder weniger Schuld an der jetzigen Situation. Und wer, frage ich, könnte wohl den ersten Stein werfen? Nur so können wir eine wirkliche Gemeinschaft zum Neuaufbau unseres Landes bilden. Nur so können wir die Einheit des deutschen Volkes verwirklichen, in dem wir nicht nur einen Schulteranschlag, sondern einen wirklichen Herzensanschlag aller Menschen guten Willens versuchen.

Unsere Daseinsverpflichtung als Christen in unserem Lande verstehen wir im Einbringen christlicher Ideale und Lebensformen in unsere Gesellschaft. ■



Die Gäste aus der DDR verfolgten den Verlauf der Bundesausschußsitzung, die Reden und Diskussionen mit großem Interesse. Das Foto zeigt den Rostocker Rechtsanwalt Wolfgang Schnur (links), der auf dem Gründungsparteitag des Demokratischen Aufbruchs am 17. Dezember in Leipzig zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, und den neuen Generalsekretär der CDU in der DDR, Martin Kirchner.



Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Rede vor der Frauenkirche in Dresden am 19. Dezember – Tausende reagierten mit begeistertem Beifall und immer wieder mit dem Ruf „Deutschland einig Vaterland“.



Deutschland-Erklärung

**Die CDU
ist die Partei
der Freiheit
und Einheit**

Leitlinien zur
Deutschlandpolitik

- **Beschluß
des Bundesausschusses
der CDU in Berlin
am 11. Dezember 1989**

I. Freiheit und Einheit

Die Kraft der Freiheit bewegt die Menschen und verändert die Staaten. Der Aufbruch, den wir heute in der DDR erleben, ist vor allem das Verdienst freiheitsbewußter Menschen. Mit ihrem kraftvollen und friedlichen Eintreten für Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit erkämpfen sie sich Freiheit von Bevormundung, Angst und Lähmung. Ihnen gehört unsere Bewunderung, und wir unterstützen sie.

In diesen Tagen wird durch die Bevölkerung der DDR in einer friedlichen Revolution verwirklicht, wofür sich seit 1945 die CDU in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone eingesetzt hat. Unter ihren Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer hat sie für die Errichtung einer freiheitlichen Demokratie gekämpft, bis die damalige sowjetische Militäradministration jegliche demokratische Arbeit unmöglich machte und der SED half, ihren politischen Führungsanspruch zu entwickeln und durchzusetzen.

**Die CDU war und ist die Partei der Freiheit und Einheit.
Freiheit ist die Voraussetzung für Frieden und Wohlstand.
Freiheit war und ist die Bedingung für die Einheit Deutschlands.
Die CDU kämpft für die Wiedervereinigung, für die
Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.**

Die CDU war und ist die Europapartei, sie war und ist die Partei der deutschen Einheit in Freiheit. Wir haben mit unserer von Konrad Adenauer begründeten Politik der festen Einbindung in die Wertegemeinschaft freiheitlicher Demokratien die Grundlagen für eine aktive und erfolgreiche Deutschlandpolitik geschaffen. Das Eintreten der CDU für die Geschlossenheit und Standfestigkeit der Atlantischen Allianz in der schweren Bewährungsprobe des Jahres 1983 hat sich ausgezahlt. Mit unserem erfolgreichen Engagement für die wirtschaftliche und politische Integration haben wir entscheidend zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft beigetragen. Der Politik der CDU sind die europäischen Rahmenbedingungen zu verdanken, in denen deutsche Einheit in Freiheit Wirklichkeit werden kann. Die Vision von einem freien und geeinten Europa übt Anziehungskraft weit über die Gemeinschaft hinaus aus.

Eine wesentliche Voraussetzung der jüngsten dramatischen Entwicklung in der DDR war die konsequente Politik der CDU für den Zusammenhalt unserer Nation. Sie hat auch in schwierigen Zeiten das Bewußtsein für die Einheit der Nation

wachgehalten und geschärft und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft. Unser Festhalten an der einen deutschen Staatsangehörigkeit war Voraussetzung dafür, daß für unsere Landsleute in der DDR die Freizügigkeit gewonnen werden konnte. Unsere Politik gründet auf der Überzeugung: „Wir sind ein Volk.“

Die CDU bekräftigt erneut, was sie auf dem Wiesbadener Parteitag vom Juni 1988 erklärt hat: „Diese aktive Deutschlandpolitik stärkt das Bewußtsein der Deutschen, ein Volk zu sein und einer Nation anzugehören und fördert die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit. Die CDU wird auch in Zukunft eine aktive Deutschlandpolitik verfolgen, deren Fundament der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte ist, um jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu nutzen.“

Die gegenwärtige Entwicklung bestätigt unser beharrliches Eintreten für die Freiheit und Einheit Deutschlands und Europas über 40 Jahre.

II. Freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR

Heute stehen wir am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte — eines Abschnitts, der über den Status quo, über die bisherigen politischen Strukturen in Europa hinausweist.

Die Veränderungen in der DDR und in anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas haben vielfältige Ursachen. Dazu zählen die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow im Innern der Sowjetunion und das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik ebenso wie die tiefgreifenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Polen und Ungarn. Die CDU begrüßt diesen Reformprozeß ausdrücklich.

Dieser Wandel ist zuallererst ein Werk der Menschen, die auf der Gewährung von Freiheit bestehen, auf der Achtung ihrer Menschenrechte und auf dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Aber richtig ist auch: Wir haben mit unserem klaren Kurs in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft den Reformbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa den Rücken gestärkt.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands unterstützt nachdrücklich das 10-Punkte-Programm zur deutschen Einheit, das Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November 1989 vor dem Deutschen Bundestag vorgestellt hat. Mit diesem Konzept wollen wir unsere erfolgreiche Politik für Deutschland konsequent fortsetzen und möglichst bald ein einiges Deutschland in einem einigen Europa schaffen.

Wir begrüßen die Angebote zu Hilfe und Zusammenarbeit und die Vorschläge für ein Zusammenwachsen der beiden Staaten in Deutschland bis hin zur Einheit in einer bundesstaatlichen Ordnung.

Die CDU unterstützt alle Maßnahmen, die für sofortige Hilfe in der jetzigen Situation im humanitären Bereich, etwa bei der medizinischen Versorgung, und zur Lösung des Devisenproblems notwendig sind.

Sie begrüßt nachdrücklich die jetzt vereinbarte Abschaffung des Mindestumtausches und die Visa-Freiheit im innerdeutschen Reiseverkehr in beide Richtungen. Die CDU beglückwünscht die Bundesregierung zu diesem Erfolg: Dies ist ein historischer Durchbruch für das Zusammenwachsen Deutschlands und für die Überwindung der Insellage Berlins.

Die CDU will verstärkte Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technologischem und kulturellem Gebiet, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Besonders wichtig sind verstärkte Anstrengungen für den Umweltschutz, für einen raschen Ausbau der Telefonverbindungen und im Bereich der Verkehrswege.

Die CDU tritt darüber hinaus dafür ein, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen Systems in der DDR unumkehrbar in Gang gesetzt ist. Dies ist gewährleistet, wenn sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf die notwendigen Verfassungsänderungen und auf ein neues Wahlgesetz verständigt.

Die CDU fordert freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, auch nichtsozialistischer Parteien. Es müssen rechtsstaatliche Verhältnisse eingeführt werden. Wir fordern die Abschaffung des politischen Strafrechts und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung der rechtswidrigen Strafurteile und die Rehabilitierung der Verurteilten.

Wirtschaftliche Hilfe kann auf Dauer nur dann erfolgreich sein und tiefgreifend wirken, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden. Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht.

Die CDU hat in der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den Grundstein für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gelegt, die zu einem in der deutschen Geschichte beispiellosen Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt hat und auch die besten Voraussetzungen für wirksamen Umweltschutz bietet. Wir sind überzeugt, daß diese erprobte und bewährte Ordnung auch den Menschen in der DDR den Weg in wirtschaftliche Freiheit, in Wohlstand, soziale Sicherheit und in eine gesündere Umwelt eröffnen könnte.

Die Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft mit der DDR kann eine immer engere Zusammenarbeit auch institutionell absichern. Gemeinsame Kommissionen, insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur sollten geschaffen und ausgebaut werden. Regierungskommissionen sollten ergänzt werden durch gemeinsame Institutionen mit Vertretern von Ländern und Kommunen und allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen.

Berlin muß in die Zusammenarbeit uneingeschränkt einbezogen sein. Die CDU begrüßt alle Vorhaben, die dem Zusammenwachsen und der Einheit der Stadt dienen und so auch zum Zusammenhalt der Nation beitragen. Berlin macht besonders deutlich, daß die Zweistaatlichkeit auf Dauer unlösbare Probleme hervorruft und das Zusammenwachsen Deutschlands notwendig ist.

III. Freie Selbstbestimmung

Die CDU legt großen Wert darauf, daß sich die Menschen in Deutschland begegnen. Deshalb begrüßt sie Partnerschaften zwischen Bundesländern und Bezirken in der DDR und spricht sich dafür aus, Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen auszubauen und neu zu vereinbaren.

Die CDU legt großen Wert auf Kontakte und Zusammenarbeit mit Gruppen und Parteien, die für Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung eintreten und eine grundlegende Erneuerung fördern. Ihre Auffassungen, Stellungnahmen und Empfehlungen sind für uns von hoher Bedeutung.

Die CDU wird jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren.

Das Angebot des Bundeskanzlers, konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen, ist realistisch und zukunftsweisend. Die Verwirklichung setzt zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus.

Nach freien Wahlen sollten umgehend ein gemeinsamer Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung, gemeinsame Fachausschüsse sowie ein gemeinsames parlamentarisches Gremium gebildet werden.

Stufenweise können so neue Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Dies könnte auch einen vertraglich ausgestalteten Wirtschaftsverbund umfassen. Ein solches Zusammenwachsen liegt in der Kontinuität der deutschen Geschichte.

IV. Die Europäische Gemeinschaft hat einen gesamteuropäischen Auftrag

Den Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als nationales und europäisches Anliegen. Die europäische Integration muß mit dem Ziel einer Europäischen Union energisch vorangetrieben werden und gleichzeitig muß sich die Europäische Gemeinschaft für eine demokratische DDR und für andere demokratische Staaten Mittel- und Südosteuropas offenhalten.

Die Europäische Gemeinschaft muß den Reformprozeß in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und insbesondere in der DDR aktiv unterstützen. Die CDU begrüßt die beim Straßburger Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft gefaßten Beschlüsse als wichtigen ersten Schritt in diese Richtung.

Wir befürworten den baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt — auch in der Perspektive 1992 — erweitert und absichert.

Für die Zukunft sind Formen der Assoziierung zu entwickeln, die die Volkswirtschaft der DDR und die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen.

Die CDU spricht sich dafür aus, daß die DDR — ebenso wie die Reformstaaten Mittel- und Südosteuropas — dem Europarat und insbesondere auch der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitrifft, sobald sie die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt.

In diesem Sinne kann die Europäische Gemeinschaft Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Und nur durch fortschreitende Integration kann sie ihre Anziehungs- und Ausstrahlungskraft stärken. Es ist der gesamteuropäische Auftrag der Europäischen Gemeinschaft, die Identität aller Europäer zu wahren, zu behaupten und zu entwickeln. Die Identität Europas besteht nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern ist auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

V. Europäische Friedensordnung

Es ist ein großer politischer Erfolg des Bundeskanzlers, daß die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft auf ihrem Straßburger Gipfeltreffen zum ersten Mal das Recht der Deutschen auf „Einheit durch freie Selbstbestimmung“ anerkannt haben. Die CDU sieht durch diese Erklärung ihre Deutschlandpolitik und das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers bestätigt.

Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß und in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet.

Der KSZE-Prozeß ist und bleibt ein wichtiges Element dieser gesamteuropäischen Architektur und muß weiter vorangetrieben werden. Dazu müssen die bevorstehenden KSZE-Foren genutzt werden.

Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Die CDU würde eine gemeinsame Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates begrüßen.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas erfordert weitreichende und baldige Vereinbarungen in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese müssen mit der

politischen Entwicklung Schritt halten und möglichst beschleunigt werden. Dazu gehört auch die Entwicklung übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung. Mehr Freiheit in Europa ist ein Zugewinn an Stabilität und Sicherheit.

VI. Wiedervereinigung bleibt das Ziel

Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Deutschlands und Europas friedlich überwinden. Wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene Entwicklung stetig, friedlich und im allseitigen Interesse verläuft.

Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Wiedervereinigung bleibt unser politisches Ziel

**Zehn-Punkte-Programm
zur Überwindung der Teilung
Deutschlands und Europas**

- **Ausführungen von
Bundeskanzler Helmut Kohl
zur Deutschlandpolitik
am 28. November 1989
in der Haushaltsdebatte
des Deutschen Bundestages**

Wir stehen unseren Landsleuten solidarisch zur Seite

Seit Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Sektorengrenze in Berlin am 9. November ist die Deutschlandpolitik in eine neue Phase eingetreten — mit neuen Chancen und neuen Herausforderungen. Wir alle empfinden zu Recht große Freude über die neugewonnene Reisefreiheit für die Menschen im geteilten Deutschland.

Mit unseren Landsleuten in der DDR sind wir glücklich, daß nach Jahrzehnten Mauer und Grenzsperrern endlich friedlich überwunden werden konnten.

Wir empfinden — hier stimme ich dem Kollegen Vogel zu — auch Stolz darüber, daß die Deutschen in der DDR mit ihrem friedlichen Eintreten für Freiheit, für Menschenrechte und Selbstbestimmung vor aller Welt ein Beispiel ihres Mutes und ihrer Freiheitsliebe gegeben haben, das übrigens auch überall in der Welt entsprechend gewürdigt wurde.

Wir sind beeindruckt vom lebendigen und vom ungebrochenen Freiheitswillen, der die Menschen in Leipzig und in vielen, vielen anderen Städten bewegt. Sie wissen, was sie wollen: Sie wollen ihre Zukunft selbst bestimmen, im ursprünglichen Sinne des Wortes. Wir werden dabei jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren. Wir im freien Teil Deutschlands stehen gerade in diesen Tagen unseren Landsleuten solidarisch zur Seite.

Bundesminister Seiters hat Anfang letzter Woche mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz und mit Ministerpräsident Modrow über die Vorstellungen der neuen DDR-Führung gesprochen. Es ging uns darum zu erfahren, wie das öffentlich angekündigte Reformprogramm vollzogen werden soll und in welchem Zeitraum konkrete, für die Menschen auch wirksame Schritte zu erwarten sind.

Es wurde verabredet, daß diese Gespräche Anfang Dezember fortgesetzt werden. Wenn sich, wie wir — und vor allem ich — hoffen, in diesen Gesprächen erste praktische Ergebnisse abzeichnen, möchte ich selbst noch vor Weihnachten mit den Verantwortlichen in der DDR zusammentreffen.

Bundesminister Seiters hat in Ost-Berlin auch mit Vertretern der Opposition und der Kirchen gesprochen. Ich selbst habe — wie viele andere hier im Hohen Hause — in den letzten Wochen Vertreter der Opposition empfangen.

Wir halten es für geboten, bei allem, was wir jetzt tun und entscheiden, die Auffassungen, Meinungen und Empfehlungen der oppositionellen Gruppen in der DDR zu berücksichtigen. Auf diesen Kontakt legen wir weiterhin größten Wert. Wir alle sollten ihn auch in Zukunft intensiv pflegen.

Chancen für die Überwindung der Teilung Europas und damit unseres Vaterlandes

Es eröffnen sich Chancen für die Überwindung der Teilung Europas und damit auch unseres Vaterlandes. Die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfinden, werden niemals eine Bedrohung sein. Vielmehr werden sie — davon bin ich überzeugt — ein Gewinn für das immer mehr zusammenwachsende Europa sein.

Der Aufbruch, den wir heute erleben, ist zunächst das Verdienst der Menschen, die ihren Freiheitswillen so eindrucksvoll demonstrieren. Er ist aber auch das Ergebnis von politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre. Auch wir in der Bundesrepublik haben mit unserer Politik dazu ganz maßgeblich beigetragen.

- Entscheidend war dafür zunächst, daß wir diese Politik auf dem festen Fundament unserer Einbindung in die Gemeinschaft freiheitlicher Demokratien betrieben haben. Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses in der schweren Bewährungsprobe des Jahres 1983 haben sich ausgezahlt. Mit unserem klaren Kurs in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft haben wir den Reformbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa den Rücken gestärkt.
- Mit dem Übergang zu neuen Stufen der wirtschaftlichen und politischen Integration in der Europäischen Gemeinschaft haben wir erfolgreich das Modell des freien Zusammenschlusses europäischer Völker fortentwickelt, eines Zusammenschlusses — das kann doch jeder erkennen —, der weit über die Gemeinschaft hinaus größte Anziehungskraft ausübt.
- Auf der anderen Seite waren eine entscheidende Voraussetzung die Reformpolitik von Generalsekretär Michail Gorbatschow im Innern der Sowjetunion und das von ihm eingeleitete neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik. Ohne die Anerkennung des Rechtes der Völker und Staaten auf den eigenen Weg wären die Reformbewegungen in anderen Staaten des Warschauer Pakts nicht erfolgreich gewesen.

- **Zu der dramatischen Entwicklung in der DDR wäre es nicht gekommen, wenn nicht Polen und Ungarn mit tiefgreifenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen wären.**
- **Der Erfolg der Reformbewegungen in Polen und Ungarn ist eine Voraussetzung für den Erfolg der Reformbewegung in der DDR. Das bedeutet auch, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun müssen, daß diese beiden Länder die von ihnen gesteckten Ziele auch erreichen.**
- **Wir alle begrüßen es, daß sich jetzt auch in Bulgarien und in der ČSSR ein Wandel abzeichnet. Ich freue mich ganz besonders, daß der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Václav Havel, jetzt endlich die Früchte seines langjährigen Kampfes für die Freiheit ernten kann. Seine ebenso großartige wie unvergeßliche Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche, die er selber nicht vortragen durfte, war eine beeindruckende Abrechnung mit dem „realsozialistischen“ System.**
- **Eine bedeutende Rolle hat nicht zuletzt der KSZE-Prozeß gespielt, in dem wir gemeinsam mit unseren Partnern auf einen Abbau von Spannungsursachen, auf Dialog und Zusammenarbeit und vor allem auf die Achtung der Menschenrechte gedrängt haben.**
- **Ein neues Vertrauen in den West-Ost-Beziehungen konnte auch Dank der kontinuierlichen Gipfeldiplomatie der Großmächte und der zahlreichen Begegnungen wachsen, die in diesem Zusammenhang möglich waren — Begegnungen zwischen Staats- und Regierungschefs aus West und Ost. Der historische Durchbruch bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle ist ein sichtbarer Ausdruck dieses Vertrauens.**
- **Die breit angelegte Vertragspolitik der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten hat dieser Entwicklung wichtige Impulse gegeben.**
- **Aber zu den Ursachen der jüngsten Veränderungen gehört vor allem auch die konsequente Politik für den Zusammenhalt unserer Nation. Wenn wir etwa den Aufforderungen — auch aus Ihren Kreisen — gefolgt wären, die Geraer Forderungen von Herrn Honecker zu akzeptieren, wären wir längst nicht dort, wo wir heute — Gott sei Dank — stehen.**
- **Seit 1987 haben uns jährlich viele Millionen Landsleute aus der DDR besucht, darunter zahlreiche junge Leute. Diese „Politik der kleinen Schritte“ hat in schwierigen Zeiten das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten und geschärft und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft.**

Die Entwicklungen der letzten Jahre, die Besuchszahl von weit über 10 Millionen bis zum Sommer dieses Jahres seit 1987, widerlegen alle düsteren Prognosen aus dem Jahr 1983, die wir hier hörten und die immer wieder vorgetragen wurden, daß mit dieser Bundesregierung und dieser Koalition eine „neue Eiszeit“ in den West-Ost-Beziehungen kommen würde. Ich darf hier noch einmal die besonders infame Unterstellung erwähnen, wir seien „nicht friedensfähig“.

Genau das Gegenteil von all dem, was Sie vorausgesagt haben, ist eingetreten: Heute haben wir — und wir sind glücklich darüber — mehr Verständigung und Gemeinsamkeit in Deutschland und in Europa als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Wir stehen am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte

Heute stehen wir — für jedermann erkennbar — am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte — eines Abschnitts, der über den Status quo, über die bisherigen politischen Strukturen in Europa hinausweist.

Dieser Wandel ist zuallererst ein Werk der Menschen, die auf der Gewährung von Freiheit bestehen, auf der Achtung ihrer Menschenrechte und auf dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Alle, die in und für Europa Verantwortung tragen, müssen diesem Willen der Menschen und Völker Rechnung tragen. Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das europäische Haus, für eine dauerhafte und für eine gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten, wie es ja auch Generalsekretär Gorbatschow und ich in unserer gemeinsamen Erklärung hier in Bonn am 13. Juni bekräftigt haben.

Dabei müssen die legitimen Interessen aller Beteiligten gewahrt werden. Das gilt selbstverständlich — ich betone dies — auch für die deutschen Interessen.

Wir nähern uns damit dem Ziel, das sich das Atlantische Bündnis bereits im Dezember 1967 gesetzt hatte. Herr Abgeordneter Vogel, wenn Sie die Unterschriften nachlesen, werden Sie unschwer feststellen, wer damals für die Bundesrepublik gezeichnet hat. Dort heißt es — ich zitiere —: „Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist ... nicht möglich ohne eine

Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren.“

Wenn das unsere gemeinsame Grundlage ist, dann können Sie, wie ich hoffe, auch dem Folgenden zustimmen:

Zehn-Punkte-Programm

Der Weg zur deutschen Einheit, das wissen wir alle, ist nicht vom „grünen Tisch“ oder mit einem Terminkalender in der Hand zu planen. Abstrakte Modelle kann man vielleicht polemisch verwenden, aber sie helfen nicht weiter. Aber wir können, wenn wir nur wollen, schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen. Ich möchte diese Ziele an Hand eines Zehn-Punkte-Programms erläutern:

● **Erstens:** Zunächst sind **Sofortmaßnahmen** erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Fluchtbewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs.

Die Bundesregierung ist zu sofortiger konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Wir werden im humanitären Bereich und auch bei der medizinischen Versorgung helfen, soweit dies gewünscht wird und auch nützlich ist.

Wir wissen auch, daß das Begrüßungsgeld, das wir für jeden Besucher aus der DDR einmal jährlich zahlen, keine Lösung für die Finanzierung von Reisen sein kann. Letztlich muß die DDR selbst ihre Reisenden mit den nötigen Devisen ausstatten.

Wir sind aber bereit, für eine Übergangszeit einen Beitrag zu einem Devisenfonds zu leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der Mindestumtausch bei Reisen in die DDR entfällt, Einreisen dorthin erheblich erleichtert werden und die DDR einen eigenen substantiellen Beitrag zu einem solchen Fonds leistet.

Unser Ziel ist und bleibt ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

● **Zweitens:** Die Bundesregierung wird wie bisher die **Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen** fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit. Besonders wichtig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich des

Umweltschutzes. Hier kann schon in aller Kürze, wie immer sonst die Entwicklung sein mag, über neue Projekte entschieden werden.

Das gleiche gilt — der Bundespostminister hat die entsprechenden Gespräche eingeleitet — für einen möglichst baldigen umfassenden Ausbau der Fernsprechverbindungen mit der DDR und des Telefonnetzes der DDR.

Über den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover—Berlin wird weiter verhandelt. Ich bin allerdings der Auffassung, daß dies zu wenig ist und daß wir angesichts der jetzt eingetretenen Entwicklung uns einmal sehr grundsätzlich über die Verkehrs- und Eisenbahnlinien in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten müssen.

Vierzig Jahre Trennung bedeuten ja auch, daß sich die Verkehrswege zum Teil erheblich auseinanderentwickelt haben. Das gilt nicht nur für die Grenzübergänge, sondern beispielsweise auch für die traditionelle Linienführung der Verkehrswege in Mitteleuropa, für die Ost-West-Verbindungen.

Es ist nicht einzusehen, weshalb die klassische Route Moskau—Warschau—Berlin—Paris, die ja immer über Köln führte und zu allen Zeiten große Bedeutung hatte, im Zeitalter schneller Züge und am Vorabend des Ausbaus eines entsprechenden europäischen Verkehrswesens nicht mit eingebracht werden sollte.

● **Drittens:** Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. „Unumkehrbar“ heißt für uns und vor allem für mich, daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und auf ein neues Wahlgesetz verständigt.

Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, das heißt selbstverständlich auch nichtsozialistischer Parteien. Das Machtmonopol der SED muß aufgehoben werden.

Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem die Abschaffung des politischen Strafrechts und als Konsequenz die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

Wirtschaftliche Hilfe kann nur dann wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Dies zeigen die Erfahrungen mit allen RGW-Staaten — mit Belehrungen von unserer Seite hat das nichts zu tun. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden.

Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wir wissen: Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für

westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht. Wer in diesem Zusammenhang den Vorwurf der Bevormundung erhebt, den verstehe ich nicht.

In Ungarn und in Polen gibt es jeden Tag Beispiele dafür, an denen sich doch die DDR — ebenfalls Mitgliedstaat des RGW — ohne weiteres orientieren kann.

Unser und mein dringender Wunsch ist es, daß es möglichst rasch zu einer solchen Gesetzgebung kommt. Denn es wäre für uns ein wenig erfreulicher Zustand, wenn — was ich ebenfalls wünsche — Privatkapital aus der Bundesrepublik Deutschland in Polen und noch mehr — die Dinge entwickeln sich sehr erfreulich — in Ungarn investiert würde und mitten in Deutschland diese Investitionen ausbleiben. Wir wollen, daß möglichst viele derartige Investitionen von möglichst zahlreichen Unternehmen getätigt werden.

Ich will es noch einmal klar unterstreichen: Dies sind keine Vorbedingungen, sondern das ist schlicht und einfach die sachliche Voraussetzung, damit Hilfe überhaupt greifen kann. Im übrigen kann kein Zweifel daran bestehen, daß dies auch die Menschen in der DDR wollen. Sie wollen wirtschaftliche Freiheit, und sie wollen damit die Früchte ihrer Arbeit endlich ernten und mehr Wohlstand gewinnen.

Wenn ich heute die Diskussion zu diesem Thema — der künftigen Wirtschaftsordnung in der DDR — innerhalb der SED selbst verfolge — wir werden es in ein paar Tagen auf dem Parteitag der SED vor aller Öffentlichkeit erleben können —, dann kann ich beim besten Willen nicht erkennen, daß derjenige, der das hier ausspricht, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischt. Ich finde das ziemlich absurd.

● **Viertens:** Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer **Vertragsgemeinschaft** gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken aufzugreifen. Denn die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Bereits bestehende Kommissionen könnten neue Aufgaben erhalten, weitere könnten gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur.

Ich brauche nicht zu betonen, daß bei alledem, was jetzt zu geschehen hat, für uns Berlin voll einbezogen bleiben muß. Das war, ist und bleibt unsere Politik.

● **Fünftens:** Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich **konföderative Strukturen** zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen. Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus.

Dabei könnten wir uns nach schon bald freien Wahlen folgende Institutionen vorstellen:

- ▶ einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung,
- ▶ gemeinsame Fachausschüsse,
- ▶ ein gemeinsames parlamentarisches Gremium
- ▶ und manches andere mehr angesichts einer völlig neuen Entwicklung.

Die bisherige Politik gegenüber der DDR mußte sich angesichts der Verhältnisse im wesentlichen auf kleine Schritte beschränken, mit denen wir vor allem versuchten, die Folgen der Teilung für die Menschen zu mildern und das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachzuhalten und zu schärfen. Wenn uns künftig eine demokratisch legitimierte, das heißt frei gewählte Regierung als Partner gegenübersteht, eröffnen sich völlig neue Perspektiven.

Stufenweise können neue Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Ein solches Zusammenwachsen liegt in der Kontinuität der deutschen Geschichte. Staatliche Organisation in Deutschland hieß in unserer Geschichte fast immer auch Konföderation und Föderation. Wir können doch auf diese historischen Erfahrungen zurückgreifen.

Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.

Sechstens: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß, das heißt immer auch in die West-Ost-Beziehungen. **Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas.** Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet.

Generalsekretär Gorbatschow und ich sprechen in der Gemeinsamen Erklärung vom Juni dieses Jahres, die ich bereits zitiert habe, von den Bauelementen eines „gemeinsamen europäischen Hauses“. Ich nenne beispielhaft dafür:

- ▶ Die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder Staat hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen.
- ▶ Die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.
- ▶ Die Verwirklichung der Menschenrechte.
- ▶ Die Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas.

Mit alledem wollen wir — so haben es Generalsekretär Gorbatschow und ich festgeschrieben — an die geschichtlich gewachsenen europäischen Traditionen anknüpfen und zur Überwindung der Trennung Europas beitragen.

● **Siebtens:** Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine entscheidende Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen und müssen sie weiter stärken.

Die Europäische Gemeinschaft ist jetzt gefordert, mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zuzugehen. Dies haben die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten kürzlich bei ihrem Treffen in Paris ja auch so festgestellt. Hierbei ist die DDR selbstverständlich eingeschlossen:

- ▶ Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt erweitert, auch was die Perspektive 1992 betrifft.
- ▶ Wir können uns für die Zukunft sehr wohl bestimmte Formen der Assoziierung vorstellen, die die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen. Das ist eine der ganz wichtigen Fragen, wenn das Europa von morgen ein gemeinsames Europa sein soll.

Den Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muß deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden. Ich will es ganz einfach so formulieren: Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren.

Nur in diesem Sinne — wir haben das Europa der Zwölf immer nur als einen Teil und nicht als das Ganze verstanden — kann die Europäische

Gemeinschaft Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Nur in diesem Sinne wahr, behauptet und entwickelt sie die Identität aller Europäer. Diese Identität ist nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

Soweit die Staaten Mittel- und Südosteuropas die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, würden wir es auch begrüßen, wenn sie dem Europarat und insbesondere auch der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitreten.

Achtens: Der KSZE-Prozeß ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur. Wir wollen ihn vorantreiben und die bevorstehenden Foren nutzen:

- ▶ die Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen 1990 und in Moskau 1991,
- ▶ die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn 1990,
- ▶ das Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau 1991 und
- ▶ nicht zuletzt das nächste Folgetreffen in Helsinki.

Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Wir könnten uns eine gemeinsame Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates sehr gut vorstellen.

Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der **Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten und, wenn notwendig, beschleunigt werden.

Dies gilt im besonderen für die Wiener Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa und für die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen ebenso wie für das weltweite Verbot chemischer Waffen, das, wie ich hoffe, 1990 kommen wird. Dies erfordert auch, daß auch die Nuklearpotentiale der Großmächte auf das strategisch erforderliche Minimum reduziert werden können.

Das bevorstehende Treffen zwischen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow bietet eine gute Gelegenheit, den jetzt laufenden Verhandlungsrunden neue Schubkraft zu geben.

Wir bemühen uns — auch in zweiseitigen Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der DDR —, diesen Prozeß zu unterstützen.

Zehntens: Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.

Wir sind dankbar, daß wir in der Erklärung des Brüsseler NATO-Gipfels vom Mai dieses Jahres dafür erneut die Unterstützung unserer Freunde und Partner gefunden haben.

Wir sind uns bewußt, daß sich auf dem Weg zur deutschen Einheit viele schwierige Fragen stellen, auf die korrekterweise heute niemand eine abschließende Antwort geben kann. Dazu gehört vor allem auch — ich betone das — die ebenso schwierige wie entscheidende Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen — wie ich sie eben in zehn Punkten erläuterte — ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und — dies ist unser Ziel — einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung in Europa den Weg bahnt.

Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Europas, die immer auch die Teilung Deutschlands ist, friedlich überwinden.

Das heißt, wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene — so hoffnungsvolle — Entwicklung stetig und friedlich weiterverläuft.

Was diesen Prozeß stören könnte, sind nicht Reformen, sondern deren Verweigerung. Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung. Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa ein Mehr an Stabilität und einen Zugewinn an Freiheit und Sicherheit.

In wenigen Wochen beginnt das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, ein Jahrhundert, das so viel Elend, Blut und Leid sah.

Es gibt heute viele hoffnungsvolle Zeichen dafür, daß die neunziger Jahre die Chancen für mehr Frieden und mehr Freiheit in Europa und in Deutschland in sich tragen. Es kommt dabei — jeder spürt dies — entscheidend auch auf unseren, den deutschen Beitrag an. Wir alle sollten uns dieser Herausforderung der Geschichte stellen.

Beschluß des 36. Bundesparteitages der CDU

Unsere Verantwortung in der Welt

Christlich-demokratische Perspektiven
zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa-
und Entwicklungspolitik

I. Die Bundesrepublik Deutschland vor den Herausforderungen der 90er Jahre

1. Die Welt wächst zusammen im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten. Probleme der Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens, der Wirtschaft und des Handels, des Umweltschutzes, der Energieversorgung und Ressourcenschonung, der Unterentwicklung, der Menschenrechtsverletzungen, des Terrorismus lassen sich zunehmend nur durch eine weltweite engere Zusammenarbeit lösen. Die internationale Politik ist in Bewegung geraten: Neue industrielle Zentren und regional bedeutsame Mächte entstehen, die Länder der Dritten Welt fordern ihren angemessenen Platz in der Welt, regionale Krisen und Kriege haben weltweite Auswirkungen; der Ost-West-Konflikt verliert gegenüber diesen Entwicklungen seine alles beherrschende Bedeutung, bleibt aber für den europäischen Kontinent politisch bestimmend. Das freie Europa muß sich auf seine eigene Kraft und politische Verantwortung besinnen und gemeinsame Antworten auf diese Herausforderungen finden.

2. Der politische Bewegungsspielraum der Europäer in West und Ost — und damit auch der Deutschen — ist durch die verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten größer geworden. Die CDU will durch ihre Deutschlandpolitik die Kontakte zwischen den Menschen verbessern und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen, weil dadurch den Menschen geholfen wird und dies der Wahrung der Einheit der Nation dient und damit der

Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit der Deutschen. In einem freien und geeinten Europa die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden — das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag.

3. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können auf Dauer keine Inseln der Freiheit, des Wohlstands und des Friedens bleiben, wenn in anderen Teilen der Erde Unterdrückung, Armut und politische Instabilität herrschen. Die freien Länder des Westens würden die Menschen, die in Unfreiheit und Armut leben, tief enttäuschen, wenn sie nicht weltweit aktiv für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte eintreten würden.

Als Deutsche tragen wir aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte. Für die CDU gelten die Menschenrechte weltweit und sind unteilbar. Unser Engagement für die Menschenrechte ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, denn es beruht auf internationalen Verträgen und Deklarationen zu den Menschenrechten und dient einer aktiven Friedenspolitik.

Die CDU kämpft für eine Welt ohne Hunger, Not und Elend. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlangt von uns Opfer, um das Überleben von Millionen Menschen sichern zu helfen. Bei einer immer noch stark wachsenden Weltbevölkerung verpflichtet uns unser Wohlstand, weltweit besonders den Menschen zu helfen, deren Überleben durch Hunger und Not gefährdet ist. Wir müssen anders leben, damit andere überleben können.

4. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu einem Staat mit großem internationalen Gewicht entwickelt, was weltpolitische Mitverantwortung zur Folge hat. Sie gehört zu den führenden Handels- und Industriestaaten der Erde und zu den Garanten einer stabilen Weltwirtschaftsordnung. Sie ist politisch, wirtschaftlich und militärisch ein bedeutsamer Faktor im westlichen Bündnis und ein politischer Motor der Europäischen Gemeinschaft.

Viele Staaten der Welt erwarten von der Bundesrepublik Deutschland eigene Beiträge zur Bewältigung gemeinsamer Probleme. Sie muß zusammen mit ihren westlichen Partnern Mitgestalter der internationalen Politik sein, damit ihre Ziele und Interessen berücksichtigt werden.

Das Bewußtsein für die gewachsene Bedeutung und Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik muß bei ihren Bürgern gestärkt werden.

5. Aus ihren globalen und europäischen Verflechtungen ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes und rohstoffarmes Land Chancen und Risiken. Deshalb ist eine Verstärkung der europäischen und der weltweiten Zusammenarbeit für die Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig. Als Staat, der an der Nahtstelle zwischen West und Ost liegt und der auf eigene Atomwaffen verbindlich verzichtet hat, ist die Bundesrepublik Deutschland politisch und militärisch besonders bedroht und daher besonders auf den Schutz der USA und der anderen westlichen Bündnispartner angewiesen.

6. Die Bundesrepublik Deutschland gehört als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz zur Wertegemeinschaft der freien Staaten der westlichen Welt. Dieser klare Standort, der seit Konrad Adenauer die

Außenpolitik der CDU bestimmt, führt zur Ablehnung jeder Spielart von Neutralismus im Ost-West-Konflikt. Die Bundesrepublik Deutschland steht nicht zwischen den weltpolitischen Lagern, sondern im Lager der Freiheit.

Fundament unserer Sicherheit und Freiheit sind die Atlantische Allianz und die freundschaftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Partnern. Die Festigung der Freundschaft und Partnerschaft mit den USA bleibt eine vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik.

Die NATO ist unersetzlich, weil sie Europa vor Krieg und politischer Erpressung schützt. Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO müssen innerhalb des Bündnisses ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht entsprechend mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Europa braucht Amerika. Amerika braucht Europa.

7. Für Christliche Demokraten ist Frieden mehr als das Schweigen der Waffen.

Dauerhaften Frieden kann es nur in einer gerechten und freiheitlichen Lebensordnung geben, in der die Menschenrechte verwirklicht sind.

Rüstungskontrolle und Abrüstung allein können daher den Frieden nicht garantieren. Entscheidend ist der hinter den Waffen stehende politische Wille.

Solange es den Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt, müssen die freien Staaten zur Verteidigung fähig und bereit sein. Sicherheit mit militärischen Mitteln und eine Politik des aktiven Dialogs, Verteidigungsbereitschaft und Verständigungsbereitschaft sind keine Gegensätze, sondern bedingen und ergänzen einander. Sie sind das Fundament christlich-demokratischer Entspannungspolitik.

Die CDU tritt dafür ein, den Prozeß von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa und weltweit Schritt für Schritt fortzusetzen, damit militärisches Gleichgewicht und mehr politische Stabilität erreicht werden. Die CDU ist die Partei der Freiheit und der Sicherheit. Wir wollen Abrüstung, die die gegenseitige Sicherheit erhöht. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb gehört Abrüstung zu den wichtigen Zielen unserer Außenpolitik.

8. Die Europäische Gemeinschaft muß zu einem neuen Zentrum internationaler Politik werden. Nur eine Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, wird ihr ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht zur Wahrung ihrer eigenen Interessen und zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas in die internationale Politik einbringen können. Nur wenn sie zu einer Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft und zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammenwächst, kann sie auf den Weltmärkten erfolgreich sein. Nur eine Europäische Gemeinschaft, die sich zu einer Sicherheitsunion zusammenschließt und im Atlantischen Bündnis verankert ist, kann auf Dauer Frieden und Freiheit in Europa bewahren. Die CDU sieht es seit Konrad Adenauer als ihre historische Aufgabe an, die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union auszubauen.

9. Die Beziehungen zur Sowjetunion sind für die Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung. Die sich in der Sowjetunion abzeichnenden politischen Veränderungen können Chancen eröffnen zu mehr Zusammenarbeit, Vertrauensbildung und Abbau von Spannungen zwischen West und Ost. Auch die

Politik der guten Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas kann dadurch neue Impulse erhalten. Weder West noch Ost sind heute in der Lage, die Herausforderungen des Abbaus von Spannungen und der Kriegsverhinderung, aber auch zum Beispiel des Umweltschutzes, allein zu bewältigen. Wichtige Probleme werden nur gelöst, wenn zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Grenzen der Gemeinsamkeit gibt, die in der Unvereinbarkeit von Demokratie und Diktatur begründet sind. Deshalb treten wir auch im West-Ost-Dialog für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Erst, wenn ganz Europa ein Kontinent der Menschenrechte und der gewaltfreien Konfliktregelung, der Freizügigkeit und des freien Austausches von Meinungen und Informationen ist, ist der Frieden dauerhaft gesichert.

10. Stellung und Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt hängen nicht allein von ihrem politischen Gewicht und ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft ab, sondern auch von ihrer kulturellen Präsenz im Ausland sowie von der Bereitschaft zum internationalen kulturellen Austausch. Auswärtige Kulturpolitik soll ein wirklichkeitsnahes Bild vom Leben und Denken in unserem Lande vermitteln und das Verständnis für Deutschland und die Kenntnis der deutschen Sprache in der Welt fördern. Sie ist damit Sympathiewerbung für unser Volk und für unseren demokratischen Staat. Die CDU betrachtet deshalb den Kulturaustausch als einen Bereich der Außenpolitik, der den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gleichrangig ist. Eine Ausweitung der auswärtigen Kulturpolitik darf nicht an fehlenden materiellen Grundlagen scheitern.

II. In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden

Freiheit ist Bedingung der Einheit

11. „Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit war und ist das vordringlichste Ziel unserer Politik ... Auf uns allein gestellt, würden wir nichts erreichen, mit dem Westen vereinigt, würden wir ... unsere Freiheit behalten und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit im Lauf der Zeit verwirklichen.“ Diese Worte Konrad Adenauers umreißen unseren nationalen und europäischen Auftrag — in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland zu schaffen.

Deutschland besteht fort, und die Menschen in Deutschland gehören zusammen, obwohl das deutsche Volk heute gegen seinen Willen staatlich getrennt leben muß. Die Deutschen sind nicht bereit, sich mit dieser Trennung abzufinden. Kern der Deutschlandpolitik der CDU bleibt deshalb, „die nationale und staatliche Einheit zu wahren“ (Präambel des Grundgesetzes).

Die CDU hält fest an dem Ziel, eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Einheit Deutschlands in Freiheit wiedererlangt. Bei der Verfolgung dieses Zieles läßt sich die CDU von folgenden Grundsätzen leiten:

- Freiheit ist Bedingung der Einheit und nicht ihr Preis.
- Die Einheit kann nur auf gewaltfreiem Wege erreicht werden.

Wir brauchen für die Verwirklichung des Rechts unseres Volkes auf Selbstbestimmung das Verständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn und Freunde, wofür im Rahmen einer aktiven Deutschlandpolitik stets geworben werden muß. Beides werden wir erreichen, wenn die Lösung der deutschen Frage in einen europäischen Rahmen eingebettet ist.

12. Solange die Einheit in Freiheit noch nicht erreicht ist, muß die deutsche Frage rechtlich und politisch offengehalten werden. Die CDU betrachtet es daher als wichtige Aufgabe der Deutschlandpolitik, das gesamtdeutsche Bewußtsein und den Willen zur nationalen Einheit zu stärken und alle Entwicklungen zu fördern, die der deutschen Einheit in Freiheit dienen. Die CDU hält an der einen deutschen Staatsangehörigkeit fest. Die DDR ist für uns kein Ausland.

Die deutsche Frage und ihr geschichtlicher Zusammenhang sowie ihre aktuelle Bedeutung müssen den jungen Menschen in allen Bereichen des Bildungswesens stärker nahegebracht werden. Es gilt, das Bewußtsein von Deutschland in allen seinen Teilen und seiner ganzen Geschichte gerade auch bei unserer Jugend wachzuhalten.

Die deutsche Kultur muß in ihrer ganzen Vielfalt im In- und Ausland bewußt gemacht und vermittelt werden. Dazu gehören insbesondere auch die Erhaltung, die Pflege und die Fortentwicklung des großen kulturellen Erbes aller Deutschen, die ihre angestammte Heimat verlassen mußten.

13. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die wichtigste Grundlage unserer Deutschlandpolitik. Weitere grundlegende Dokumente sind:

- der Deutschlandvertrag von 1954,
- der Moskauer und der Warschauer Vertrag von 1970,
- das Viermächte-Abkommen über Berlin von 1971,
- der Grundlagenvertrag von 1972,
- die Briefe zur deutschen Einheit,
- die Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages von 1972 und
- die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973, 1975 und 1987.

Inhalt und Tragweite dieser Grundlagen sollen verstärkt bewußt gemacht werden, auch und gerade an den Schulen.

14. Unter den Bedingungen der andauernden Teilung Deutschlands ist die Politik des Dialogs, der praktischen Zusammenarbeit und der vertraglichen Abmachungen mit der DDR der geeignete Weg, um den Menschen, die dort leben, konkret zu helfen. Menschliche Erleichterungen, auch im Reiseverkehr,

dienen zugleich dem Zusammenhalt der Deutschen.

Diese aktive Deutschlandpolitik stärkt das Bewußtsein der Deutschen, ein Volk zu sein und einer Nation anzugehören und fördert damit die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit. Die CDU wird auch in Zukunft eine aktive Deutschlandpolitik verfolgen, deren Fundament der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte ist, um jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu nutzen.

15. In besonderer Weise bedürfen jene Deutschen unserer Hilfe und Solidarität, die in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie im asiatischen Bereich der Sowjet-Union leben. Ihnen droht häufig — über die Verweigerung der allgemeinen Menschenrechte hinaus — auch der Verlust ihrer deutschen Identität, d. h. ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihres Brauchtums und ihrer lebendigen Verbindungen zum deutschen Volk. Die CDU setzt sich dafür ein, daß ihnen und allen nationalen Minderheiten und Volksgruppen die ihnen zustehenden Rechte gewährt werden.

Die CDU fordert deshalb unter anderem die Möglichkeit des Unterrichts in der Muttersprache, den ungehinderten Zugang zu deutschsprachiger Literatur, die Zulassung deutscher Vereine, den deutschsprachigen Gottesdienst sowie die Erhaltung historischer Stätten.

Die CDU fühlt sich jenen Deutschen besonders verbunden, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat in Mittel- und Ostdeutschland sowie im übrigen kommunistischen Machtbereich haben verlassen müssen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge haben sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht. Das gleiche gilt für die Aussiedler, die Übersiedler und die politischen Häftlinge.

16. Solange der Gegensatz von Freiheit und Unfreiheit die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands verhindert, ist es unsere Aufgabe, das heute Mögliche und Verantwortbare zu tun, um den Ost-West-Konflikt in Deutschland und Europa zu mildern und auf seine Überwindung hinzuwirken. An der festen Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Wertegemeinschaft, die Grundlage für die Solidarität der Staaten des freien Westens ist, darf kein Zweifel aufkommen. Die CDU wird keine Politik betreiben, unterstützen oder tolerieren, die auf einen neutralistischen Sonderweg hinausläuft; Christliche Demokraten haben aus der Geschichte gelernt: Freiheit geht vor Einheit.

Es bleibt Ziel unserer Politik, unseren Beitrag dazu zu leisten, den Ost-West-Konflikt in einer dauerhaften Europäischen Friedensordnung zu überwinden. Die Grenzen der Staaten in ganz Europa müssen ihren die Menschen trennenden Charakter verlieren. Wir wollen, daß die Menschen zueinander kommen können. Grenzen zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist ein friedensfördernder Beitrag unserer Ost- und Deutschlandpolitik. Dafür wollen wir besonders die Chancen des KSZE-Prozesses nutzen.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in der Europäischen Gemeinschaft muß in Zukunft beim West-Ost-Dialog eine noch größere Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte aller Deutschen und aller Europäer wahrnehmen. So können wir unsere berechtigten nationalen Anliegen zu einer Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft machen, indem sie sich für alle Europäer in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einsetzt.

17. Bei aller Bereitschaft zum Dialog mit der DDR wissen wir, daß sie kein demokratisch legitimer Staat ist. Die dort Herrschenden gründen ihr System, das die Menschenrechte verletzt und unterdrückt, auf eine totalitäre Ideologie; Ausdruck dafür sind Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Die CDU wird nicht nachlassen, die Menschenrechtsverletzungen im unfreien Teil Deutschlands zu verurteilen. Sie bekundet ihre Solidarität mit jenen, die sich für die Menschenrechte aller Deutschen einsetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in internationalen Organisationen wie z. B. der UNO, dem Europarat etc., auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinzuweisen, um dies der internationalen Öffentlichkeit bewußt zu machen. Die CDU fordert die Aufhebung des Schießbefehls und die Beseitigung der Mauer sowie der anderen Grenzsperranlagen. Alle Deutschen sollen in Freiheit leben können. Wir fordern die Führung der DDR auf, den elementaren Erwartungen der Menschen nach Freiheit, Freizügigkeit und Rechtssicherheit zu entsprechen. Solange unseren mitteldeutschen Landsleuten aus politischen Gründen Gewalt und Unrecht angetan wird, erfüllen Einrichtungen wie die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter wichtige Aufgaben.

Die CDU erteilt allen denen eine klare Absage, die in irgendeiner Form eine Reglementierung des Zuzugs von Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland befürworten oder fordern.

Den Zusammenhalt mit den Menschen in der DDR vertiefen

18. Ungeachtet der prinzipiellen Gegensätze mit der DDR sind die Interessen der Menschen im geteilten Deutschland für die CDU Ausgangspunkt und Maßstab der innerdeutschen Politik. Bis zur Überwindung der Teilung wollen wir deren Folgen für die Menschen lindern. Hierzu gehört auch eine aktive Politik für Berlin und die Zonenrandgebiete. Im Vordergrund unserer Bemühungen stehen die menschlichen Begegnungen. Wir wollen damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen bewahren und stärken.

Je enger die wechselseitigen Verflechtungen zwischen West und Ost und je dichter die gegenseitigen Beziehungen sind, desto stärker ist die Berechenbarkeit der Politik des anderen. Die CDU will deshalb den politischen Dialog mit der DDR intensivieren und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen.

Dazu gehört der Dialog mit den Kirchen, aber auch mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Die DDR-Führung muß jedoch wissen, daß die

Intensität und der Erfolg des innerdeutschen Dialogs auch davon abhängig sind, ob sie in ihrem Machtbereich Diskussion und Dialog zuläßt. Die CDU strebt trotz der erwarteten Schwierigkeiten und Rückschläge weitere Vereinbarungen mit der DDR an, die den Menschen zugute kommen:

■ **Ausweitung des Reiseverkehrs**, damit möglichst viele Menschen aus der DDR frei und ungehindert reisen können. Die Besuchs- und Ausreisepraxis der DDR muß freizügiger werden sowie auf eine für alle durchschaubare und rechtlich einforderbare Grundlage gestellt werden. Wir setzen uns ein für die Liberalisierung der Westreisemöglichkeiten, die Aufhebung der Altersbegrenzung, die Abschaffung des Mindestumtausches, die Beseitigung der von der DDR verfügbaren Reise-, Einreise- und Kontaktverbote, die Aufhebung des Visumzwangs und der Beschränkung freier Bewegungsmöglichkeiten der Menschen zwischen beiden Staaten in Deutschland. Auch die Möglichkeiten von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, in die DDR zu reisen, müssen von überflüssigen Reglementierungen durch die DDR befreit werden. Da es bisher in der DDR an den erforderlichen Fremdenverkehrseinrichtungen mangelt, ist ihr schneller Ausbau erforderlich. Städte wie zum Beispiel Hamburg, Hannover und Kiel müssen in den grenznahen Verkehr einbezogen werden.

■ **Schaffung eines innerdeutschen Jugendwerkes**, um die Beziehungen zwischen den Jugendlichen zu fördern. Dabei muß die bestehende Vielfalt der Beziehungen von Jugendorganisationen genutzt und ausgebaut werden. Außerdem befürworten wir den Austausch von Schülern und Lehrern, Volontären, Lehrlingen und Praktikanten sowie von Betriebs- und Personalräten, um die jeweilige Arbeitswelt besser kennenzulernen.

■ **Ausbau der innerdeutschen Städtepartnerschaften** mit dem Ziel, daß immer mehr Menschen in den Partnerstädten einander besuchen. Diese Partnerschaften müssen in erster Linie von den Bürgern selbst gestaltet werden, zum Beispiel im Bereich des kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Lebens und des Sports.

■ **Innerdeutsche Initiative zur Erhaltung der vom Verfall bedrohten historischen Bausubstanz**, da die von Krieg und Nachkriegszerstörung verschonten Baulichkeiten Kulturerbe des ganzen deutschen Volkes sind. Auch die Städtepartnerschaften sollten sich dieser Aufgaben annehmen.

■ **Ausweitung des innerdeutschen Sportverkehrs**. Wir wollen vor allem eine Einbeziehung des Breitensports und sportliche Begegnungen auf kommunaler Ebene und im grenznahen Bereich. An den Sportbegegnungen sollen auch Zuschauer aus beiden Staaten in Deutschland teilnehmen können.

■ **Ausweitung innerdeutscher Hochschulpartnerschaften**, die sich nicht auf die Funktionsträger beschränken, sondern den direkten Kontakt unter den Studenten und Professoren ermöglichen sollen. Zur Förderung dieses Austausches sollte eine gemeinsame Stiftung errichtet werden, die mit der Vergabe von Stipendien betraut werden könnte.

■ **Ungehinderter Zugang zu Büchern, Zeitschriften und Zeitungen in der DDR; Empfangsmöglichkeiten des DDR-Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland**, zum Beispiel im Rahmen von Kabelprojekten. Die CDU erwartet eine entsprechende Praxis auch für unsere Programme in der DDR.

- **Ausbau bestehender und Entwicklung neuer Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der gemeinsamen Führung von Betrieben.**
- **Ausbau des Flugverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unter voller Wahrung der Interessen von Berlin.**
- **Gemeinsame Bemühungen um den Schutz der natürlichen Umwelt auf der Grundlage des innerdeutschen Umweltschutzabkommens; darüber hinaus kommt zum Beispiel auch die Gründung eines ständigen Umweltforums oder die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien in Frage.**

Berlin ist und hat eine nationale Aufgabe

19. Es bleibt eine wesentliche Aufgabe unserer Deutschlandpolitik, die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins zu bewahren und seine Anziehung und Ausstrahlungskraft zu fördern — in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Ganz Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Der Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland ist nur möglich, wenn Berlin in diese Zusammenarbeit voll einbezogen ist. Berlin bleibt Prüfstein der Entspannungsbereitschaft.

20. Für Berlin ist der politische, wirtschaftliche und soziale Rückhalt in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa lebensnotwendig. Die volle Einbeziehung Berlins in alle Verträge der Europäischen Gemeinschaft ist unverzichtbar, denn das freie Berlin ist Teil des freien Europa.

Die Bindungen an den Bund und die Partnerschaft mit den Schutzmächten müssen aufrechterhalten und entwickelt, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Alliierten für Berlin und Deutschland als Ganzes müssen gewahrt werden. Auf der Grundlage dieser Bindungen kann Berlin den Standortvorteil nutzen, den die geographische Lage der Stadt zuweist: die Rolle als Brücke im politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Hier erwachsen Berlin neue Aufgaben. Die CDU unterstützt deshalb nachdrücklich auch den Ausbau beider Teile Berlins als internationale Konferenzstadt. Wir wollen, daß in Berlin KSZE-Nachfolgekonferenzen stattfinden. Die CDU unterstützt alle Bemühungen um eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen von und nach Berlin. Dazu gehören insbesondere die Öffnung der Flughäfen von Berlin (West) für den nationalen und internationalen Flugverkehr sowie der Ausbau der Eisenbahn nach modernen europäischen Standards.

21. Die Viermächte-Verantwortung gilt für ganz Berlin. Sie darf deshalb nicht in Frage gestellt werden. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens bieten Möglichkeiten zu einer dynamischen Politik für Berlin. In diesem Rahmen begrüßt die CDU die Bemühungen des Berliner Senats, in Kontakten mit der anderen Seite die bestehenden Gegensätze in ihren Auswirkungen zu beschränken und das mögliche Maß an Gemeinsamkeiten zu erreichen.



Der Bundeskanzler im Gespräch mit Rainer Eppelmann (links im Bild), Brigitta Kögler und Martin Kirchner





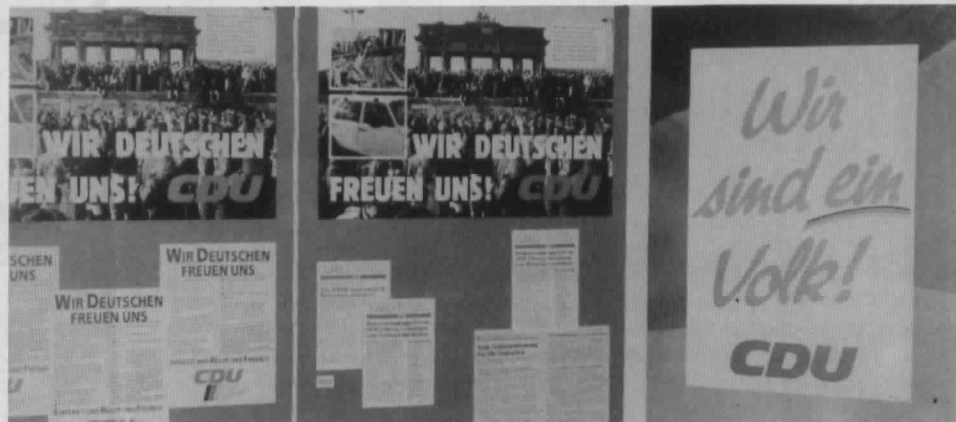
Die Bilder und Plakate einer Ausstellung am Rande der Bundesausschußsitzung zeigen und belegen deutlicher, als es Worte können, die Kontinuität der Deutschlandpolitik der Union.

»Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.«

Aus der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

»Freiheit ist Aufgabe Europas unseres

Liberté, Égalité, Fraternité. Die Freiheit ist ein unveräußerliches Recht. In diesem Sinne...



Wenn Sie sich über die Deutschlandpolitik der CDU noch ausführlicher informieren wollen, dann füllen Sie bitte diesen Coupon aus und schicken ihn an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Telefonische Bestellungen unter der Nummer: 02 28/544 282
(auch abends und am Wochenende)

Ich interessiere mich besonders für

.....

.....

Name:

Straße:

Ort:



Deutschland
aktuell

CDU

1961

1989



Wir
sind ein
Volk!

CDU

FREIHEIT UND EINHEIT

für das gesamte deutsche Volk zu erlangen, ist Aufgabe der deutschen Politik. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden. Diesem Ziel, wie es im Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands formuliert ist,

ist die CDU seit ihrer Gründung und in Zukunft verpflichtet. Die CDU ist die Partei der Freiheit und Einheit.

In diesen Tagen erfährt diese Politik ihre Bestätigung: Die Mauer ist brüchig geworden, die Deutschen können zueinander kommen. Jetzt geht es darum, die Einheit in Freiheit zu vollenden - denn wir sind ein Volk.